

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 42 vom 18. Oktober 1985

19. Jahrgang

1 DM

Bremische Tradition

Bremen hat, nach Hans Koschnicks Abgang, einen neuen Bürgermeister. Und eine alte Politik. Bürgermeister Wedemeier legte dem SPD-Landesparteitag ein Programm straffer „Sparmaßnahmen“ im Bereich Verwaltung und Sozialpolitik vor — der Parteitag beschloß es.

Wedemeier, zynisch: Man müsse sich in Bremen eben daran gewöhnen, „auf manche lieb-gewonnene Annehmlichkeiten zu verzichten.“ Klingt so, als ob in solchen Zeiten eben auf ein bißchen Luxus verzichtet werden müsse. Es ist eine bremische Tradition, solcherart Politik zu machen von Seiten der SPD (und natürlich nicht nur eine bremische, aber dort findet sie unter konkreten Gegebenheiten eine durchaus besondere Ausprägung).

Auch hier wird, wie im anderen Stammland NRW, kein einziger ernsthafter Ansatz deutlich, wo eine etwaige alternative Politik zu der Bonner Wenderegierung auch nur beginnen sollte.

Verschiedentlich, etwa in der Krankenhauspolitik, war es in den vergangenen Jahren bereits zu breiteren Widerstandsaktionen der Betroffenen der Politik der Bremer SPD gekommen. Im Zusammenhang mit dem Kampf um die „AG Weser“ war die sozialdemokratische Politik der kapitalistischen Wirtschaftsförderung faktisch bundesweit in die Debatte geraten.

Reformen, Sozialpolitik — das ist eben, bestenfalls, etwas für Zeiten der kapitalistischen Hochkonjunktur, so sieht die entsprechende sozialdemokratische Theorie aus. Und die wird auch praktiziert. „Eine Politik für alle Bürger“ wie es so schön in Slogans von Rau heißt (oder, theoretischer: Zurück zur sozialen Symmetrie) die sieht in der Wirklichkeit eben genauso aus, wie Wedemeiers Programm.

Zum Abschluß der DGB-Aktionswoche

Weg mit der Wenderegierung des Kapitals

Die Großkundgebungen und Demonstrationen zum Abschluß der DGB-Aktionswoche — in den letzten Tagen standen sie im Kreuzfeuer der Regierungspropaganda. Mit allen Mitteln wollen Kohl, Blüm und Co. eine möglichst breite Beteiligung verhindern. Alle Register wurden gezogen: Diese Regierung sei sozial, betreibe Arbeitsmarktpolitik und überhaupt — Register der Lüge und Verdrehung, die nicht von den Taten ablenken können.

Am deutlichsten — wieder einmal — Blüm. Man solle Protestbriefe an die SPD schicken, sie sei schuld am Kurs dieser Regierung. Nun: Natürlich gibt es Kräfte, die daran interessiert sind, vergessen zu machen, daß es bereits vor drei und vier Jahren Großaktionen der DGB-Gewerkschaften gegen eine unsoziale Regierungspolitik gab — gegen die der damaligen Regierung Schmidt/Genscher.

Aber es waren nicht zuletzt diese Proteste, die dazu führten, daß Schmidt den Kurs, den die Konzerne und Banken wünschten, nicht so ohne weiteres fortführen konnte. Deshalb wurde der Wunsch des Kapitals nach einer Regierung, die sich in Konfrontation zur Gewerkschaftsbewegung definiert, durch die Wende im Herbst

82 umgesetzt.

Und genau dies tut diese Kohl-Regierung: Eine Politik wachsender Konfrontation gegen die Gewerkschaften, eine Politik der Aushebelung erkämpfter sozialer Sicherungssysteme anstelle bloßer — wenn auch massi-

ver — Kürzungen, der Propagierung (und Organisation) reaktionärer Elitebildungstheorien betreiben.

Diese Wenderegierung ist und bleibt die Wunschregierung des Großkapitals, das zeigt jede ihrer Taten.



Wörner in Indonesien

Waffenhandel blüht auf

Nur kurz nachdem „das Geschäft“ mit Saudi-Arabien bekannt wurde, war Franz Josef Strauß in China: Als Waffenhändler für MBB. Jetzt reist Minister Wörner nach Indonesien. Und auch da wird die „Waffenfrage“ auf der Tagesordnung stehen — aus alter Tradition.

Das Regime in Indonesien gehört zu den „ältesten Kunden“ der bundesdeutschen Waffenhändler und ihrer Bonner Vertreter. Bereits Mitte der 70er Jahre gab es — durch die damalige Bundesregierung abgesicherte — Aufträge an HDW. Truppentransporter sind mit Vorliebe von Daimler-Benz, Hubschrauber von MBB.

Dafür haben westdeutsche Konzerne auch eine inzwischen sehr gute Position in Indonesien — als Beispiel: Auch da hat sich Siemens den Generalauftrag für das Telefonnetz besorgt.

Daß Indonesien „Spannungsgebiet“ ist — das stört

diese Bundesregierung noch weniger als ihre Vorgängerin. Der langjährige blutige Krieg, den die Diktatur in Djakarta gegen die Unabhängigkeitsbewegung Fretilin auf Osttimor führt, ist nicht umsonst in der bundesdeutschen Medienlandschaft nicht oder kaum wiederzufinden. Daß dort Massenmord begangen wird, ist nicht nur eindeutig, sondern längst auch schon offiziell festgestellt — und zwar eben in großem Maß auch mit bundesdeutschen Waffen, nach den USA ist die BRD Lieferant Nummer zwei.

Daß nun also ausgerechnet Wörner dahin fährt, hat

schon seine Berechtigung — die Bonner Hardthöhe hatte von jeher besonders enge Beziehungen nach Djakarta. Aktuell geht es um die indonesische Seerüstung, sowohl die Marinebasis auf Sumatra als auch um den lizenzierten Kriegsschiffbau.

In Japan und Südkorea hat Wörner bereits „abgeschlossen“ — in Indonesien werden ebenfalls Abschlüsse im Todeshandel erwartet. Wie zu erwarten war — der Handel mit Saudi-Arabien als Auftakt zu einer neuen Stufe offenen Waffenhandels hat bereits gezündet.

Indonesien — das ist dabei von den schmutzigen Geschäften in Fernost das aller-schmutzigste. Der Massenmord kann weitergehen, auch zur See.

Diese Woche

RUB Bochum

Inst. 2. Sprechst. d. Europ. Arbeiterbew.

SLD 3426

Sonderberichterstattung: Honduras

Seiten 8 — 11

Zur Einschätzung des Trotzismus

Seite 12/13

US-Luftpiraterie

Solidarität mit der PLO!

Nach dem israelischen Bombenangriff auf das PLO-Hauptquartier haben vier Palästinenser ein Kreuzfahrtschiff entführt. Unter Mitwirkung der PLO kann die Entführung beendet werden, da greifen die USA ein: vier Kampfflugzeuge zwingen die ägyptische Verkehrsmaschine, die die Entführer nach Tunesien bringen sollen, einen NATO-Flughafen auf Sizilien anzufliegen.

Der ungeheuerliche Akt von Luftpiraterie, der direkt von Reagan befohlen war, hat in vielen Ländern helle Empörung ausgelöst. Demonstrationen in Ägypten verurteilten diesen Angriff, bezweifelten auch die Unschuld des ägyptischen Präsidenten Mubarak in dieser Angelegenheit.

grität kennt. Die US-Proteste gegen die Haltung Italiens oder Jugoslawiens zeigen dies.

Ganz oben auf fühlt sich — kaum zwei Wochen nach dem terroristischen Bombenangriff auf Tunis der israelische Ministerpräsident Peres. Zu Beginn einer Reise, die ihn unter anderem nach



Der Anführer der Luftpiraten, Weinberger, erläutert stolz sein Verbrechen.

Der Schlag der USA richtet sich in erster Linie gegen die PLO. Zwar hatte die Palästinenserorganisation die Einführung des Schiffes verurteilt, an der Beendigung der Entführung aktiv mitgewirkt, aber sie bleibt Ziel der Angriffe aus den USA und Israel. Um die PLO weltweit zu isolieren, sie aus allen — auch nur indirekten — Verhandlungen herauszuhalten, wird eine Politik gemacht, die weder Völkerrecht, noch Gesetz oder territoriale Inte-

Washington führen wird, gab er als ein Ziel an, die PLO „diskreditieren“ zu wollen. Die britische Regierung hat schon verstanden, der Besuch einer palästinensisch-jordanischen Delegation beim britischen Außenminister wurde kurzerhand abgesagt. Die PLO — als einzig legitime und gewählte Vertretung ihres Volkes soll bei den Verhandlungen über die Zukunft der Palästinenser und ihres Landes ausgebootet werden. (Siehe auch Seite 7)

3000 gaben Günter Sare das letzte Geleit

Es wird weiter vertuscht

Bald „Demonstrationspolizei“?

2000 Menschen nahmen am letzten Mittwoch am Trauerzug teil, um Günter Sare, der durch einen Wasserwerfer der Polizei ums Leben gekommen ist, das letzte Geleit zu geben.

Der Trauerzug nahm seinen Ausgang an der Kreuzung Frankfurter Allee/Hufnagelstraße im Frankfurter Gallusviertel, wo Günter Sare 10 Tage zuvor gestorben war. Bei der Trauerfeier auf dem Friedhof waren es dann 3000 Menschen, die von Günter Sare Abschied nahmen. Bei der Trauerfeier sprachen Emil Carlebach von der VVN und der Frankfurter Pfarrer

Helm, der aus seiner Verbitterung darüber, daß sich immer noch niemand zu seiner Verantwortung für den Tod Günter Sares bekannt hat, kein Hehl machte.

Die Polizei, auf die Helms Bemerkung gemünzt war, war bei diesem Trauerzug nicht nur mit einem Riesenaufgebot vertreten, son-

Fortsetzung auf Seite 6

Heuchelei in ihrer klassischen Form: Der Bundespräsident betrieb sie in der vergangenen Woche. Aufgrund des einen Todesopfers der Entführung des Kreuzfahrerschiffes fordert er international koordinierte Anstrengungen im Kampf gegen den Terrorismus. Im faktisch gleichen Atemzug verteidigt er das Waffengeschäft mit Saudi-Arabien mit der Behauptung, die BRD gehöre zu den Staaten, die Waffenexporte am meisten restriktiv behandeln würden.

Klassische Heuchelei

Nun: Der Entführungsakt als angeblich politische Maßnahme soll hier ausdrücklich nicht verteidigt werden. Die PLO hatte dazu bereits entsprechend Stellung genommen. (Bezeichnenderweise wurde aber der Piratenakt der USA mit der Flugzeugentführung von Seiten Bonns nirgends als terroristisch eingestuft).

Selbst einmal dahingestellt, Weizsäckers Behauptung von der besonders restriktiven, also engen, Handhabung des Waffenexportes in der BRD würde stimmen — was aufgrund der Fakten ausgesprochen in Frage gestellt werden muß — kann seine Äußerung nicht darüber hinwegtäuschen, daß Waffenexport immer das Geschäft mit dem Tod ist. Und zwar mit reichlich mehr als einem Toten. Bundesdeutsche Waffen und bundesdeutsches Militärgerät in Südafrika und in der Türkei (um nur zwei extreme Beispiele von vielen möglichen zu wählen) haben längst eine breite Blutspur hinterlassen, egal ob restriktiv oder nicht.

Das jetzt konkret angesprochene Projekt mit der extrem reaktionären Saud-Dynastie (und selbst in Bonn möchte kaum jemand dieses Regime als demokratisch bezeichnen) dient den dortigen Rüstungsplänen, die aus Saudi-Arabien nach der wirtschaftlichen nun auch die militärische Vormachtstellung in Nahost schaffen wollen.

Die Logik solcher Heuchelei ist eindeutig und eben „klassisch“: Eine Regierung, eine Staatsmacht — die darf das eben. Es ist dieselbe Logik, die damit argumentiert, die „Wehrmacht“ sei eben eine ganz normale Armee gewesen. Dieselbe Logik, die die Mordbuben in Santiago und Ankara oder Pretoria oder anderswo mit Waffen zu beliefern gestattet.

Zudem: Auch Weizsäcker dürfte bekannt sein, daß es zum einen mit der Charakterisierung „besonders restriktiv“ schon in der Vergangenheit nicht weit her war, liegt die BRD doch an fünfter Stelle der Weltliste der Waffenlieferanten. Und: Die bisherige Handhabung wird gerade in diesen Tagen, nach langer Vorarbeit auch schon der vorhergehenden Bundesregierung endgültig auch offiziell gelockert. Weiterer Auftrieb ist zu erwarten, das Saudi-Arabien-Geschäft dafür ein Signal.

Ein weiterer Aspekt: War die Flugzeugentführung, an deren Durchführung ja neben der ägyptischen Regierung (ohne die es faktisch nicht gegangen wäre) auch die italienische beteiligt war, etwa ein Muster der von Weizsäcker geforderten internationalen Zusammenarbeit? Ist es etwa dieses weltweite Wildwest a la US-Regierung, was da angestrebt werden soll?

Jeder weitere Aspekt, jede weitere Überlegung machen deutlich, daß diese Heuchelei immer größer wird — aber sie besteht eben schon in der Grundargumentation.

Im engeren Aufeinandertreffen der beiden Stellungnahmen des Bundespräsidenten, in ihrer faktischen Zeitgleichzeit fällt diese Art der Heuchelei nur besonders stark auf.

Die Zeit, in der die bundesdeutschen Waffen (wie sie es heute schon in verschiedenen nahöstlichen Staaten tun) in den Händen der saudischen Armee endgültig zu Mordwerkzeugen werden, werden von diesen Äußerungen Weizsäckers einigermaßen entfernt sein — wohl entfernt genug, um, falls es die politische Landschaft dann zuläßt oder gar erfordert, Betroffenheit zu demonstrieren. Oder auch nicht.

Impressum

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD
Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321000290. Verlag Roter Morgen, Tel.: (0231) 433691 und 439692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abogebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehe. Dem „Roten Morgen“ liegt viermal im Jahr die „Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD (A), FAU-R, KG (NHT), KPD, PA“ bei.



Das Polizeiaufgebot — bzw. ein kleiner Teil davon

Großdemonstration in München

Zehntausende gegen WAA

Großaufgebot der Polizei

Wieviele es nun genau waren, weiß wieder einmal niemand wirklich. Die zunächst in Teilen der Presse und im Rundfunk gemeldeten 14000 Teilnehmer an der bundesweiten Demonstration gegen die WAA Wackersdorf am vergangenen Samstag in München jedenfalls waren wohl ein gezielter Versuch, die Bedeutung der Sache herunterzuspielen. Selbst die Polizei meldete fast das Doppelte, die Veranstalter nannten rund 50000. Also: Durchaus ein Erfolg der Mobilisierung.

Zahlreiche Organisationen hatten zu dieser Demonstration aufgerufen, bis hin zur Katholischen Landjugend. Dementsprechend war auch Protest gegen die WAA mit konservativen Argumenten zu hören. Am deutlichsten formulierte Jens Scheer, Universitätsprofessor aus Bremen: „Alle Atomprogramme müssen weg“.

Zu heftigen Protesten kam es, als der Spitzenkandidat der SPD Bayerns für die kommende Landtagswahl, Karl Heinz Hiersemann, sprechen sollte — er mußte seine Rede nach einigen Minuten abbrechen.

Im Zentrum der Angriffe aller Redner stand die Lügenpolitik, mit der die Strauß-Regierung die WAA gegen den wachsenden Widerstand durchpeitschen will. Mehrere Kundgebungssprecher riefen dazu auf, den Bauplatz zu

besetzen.

Zu Zwischenfällen, die selbst für Unbeteiligte eindeutig nach Polizeiprovokation riechen, kam es am Abend nach der Demonstration (schon am Ende der Kundgebung hatten willkürliche Festnahmen stattgefunden) als angeblich wegen eines(!) Flaschenwurfes auf einen Streifenwagen Polizei und Bundesgrenzschutz ein halbes Wohnviertel in Haidhausen abgesperrt und zur gnadenlosen Jagd auf die Teilnehmer einer Festveranstaltung bliesen.

Die Bilanz eines 3000köpfigen Polizeiaufgebotes samt Einsatz von Bundesgrenzschutz: 155 Festnahmen, mehrere Verletzte.

Diese Provokation richtig zu „verkaufen“, fiel der Polizei offensichtlich sehr schwer: Eine Pressekonferenz mit Polizeichef Häring



Polizeiüberfall am Abend

und Einsatzleiter Koller wurde Sonntagnachmittag kurzfristig abgesetzt und verschoben. Die 112 wegen konkreter Verdachte auf Straftaten Festgenommenen befanden sich allesamt Sonntagabend noch in Haft.

Ohne Zweifel sollten Großaufgebot und Brutalität des Vorgehens der Polizeitruppen einschüchternd auf den weiteren Widerstand wirken — was nach allem, was bisher zu registrieren ist, aber nicht gelingen wird.



Der Demonstrationsszug

Der neueste Coup von Daimler

„Dein guter Stern in allen Küchen?“

Der beabsichtigte Kauf einer Mehrheitsbeteiligung an der AEG durch Daimler-Benz macht den Stuttgarter Autokonzern zur umsatzstärksten bundesdeutschen Industrie-gruppe. Daimler — neben Siemens fällt dieser Konzern am ehesten unter die Rubrik Bank mit angeschlossenen Industriebetrieben — muß für den Einstieg bei AEG wohl nicht wesentlich mehr als einen Jahresgewinn aufbringen.

Es handelt sich keinesfalls nur darum, daß nun der „gute Stern“ nicht nur auf der Straße, sondern auch in der Küche vorwegfährt. „Die Vorstellung, eine neue Keimzelle für zukunftsweisende Technologien zu schaffen, ist eine interessante unternehmerische Perspektive.“ So hatte es Daimler-Topmanager Breitschwerdt bereits auf der diesjährigen Internationalen Automobilausstellung formuliert.

Dementsprechend stellt der AEG-Einkauf eine sinnvolle Ergänzung der Käufe

von MTU und Dornier dar. Ganz nebenbei, was Herr Breitschwerdt nicht sagt: Nicht nur eine Keimzelle für neue Technologien schlechthin ist hier geschaffen, sondern, betrachtet man sich die entsprechende Tätigkeit der einzelnen Betriebe, eine Keimzelle für einen neuen Rüstungsgiganten, in der Dimension ähnlich wie die MBB-Pläne.

Dornier, MTU, AEG und auch Daimler selbst — das sind, was etwa die Ausrüstung der Bundeswehr be-

trifft, was auch die heute in Kriegsgütern so entscheidende Elektronik betrifft, allesamt schon einzeln Namen aus der „Spitzengruppe“. Zusammen sind sie ein mächtiger Block.

Ein Konzern, der längst den baden-württembergischen Ministerpräsidenten zu seinen Unterhändlern zählt — Späths Aktivität im Falle Dornier war nur die Spitze des Eisbergs — der zu den profiliertesten „Land-schaftspflägern“ durch Spenden an Politiker gehört: wenn solch ein Unternehmen wahre Einkaufsfeldzüge führt, gerade in diesem Bereich, dann erwächst da weder für die Frage der Arbeitsplätze, noch des Friedens, noch der Sozialpolitik irgendetwas Gutes.

Nachruf

Ende September verstarb in Folge eines Verkehrsunfalls der Genosse Bernd. Bernd, führendes Mitglied der Gruppe Arbeiterpolitik, war auch zahlreichen Genossen unserer Partei bekannt und unsere Partei teilt die Trauer seiner Organisation, seiner Familie. Sei es als Gast bei Kongressen der RGO, sei es bei Gesprächen zwischen dem ZK unserer Partei und der Gruppe Arbeiterpolitik, stets war der Genosse auch für uns erkennbar als aktiver Kommunist, aktiver Gewerkschafter, auch über den Kölner Heimatraum hinaus. Die Tatsache, daß wir seinen allzu frühen Tod als Verlust für die ganze Bewegung begreifen, wurde auch durch die Teilnahme von Genossen unserer Partei an seiner Beerdigung dokumentiert.

Änderungsvorschlag der GIM zum Programmmentwurf der KPD

Wie bekannt, hat das Zentralkomitee der GIM den Programmmentwurf des ZK der KPD als Grundlage für die Diskussion um eine mögliche Vereinigung beider Organisationen akzeptiert. Zu diesem Entwurf hat das ZK der GIM nun folgende Änderungsvorschläge zu zentralen Fragen gemacht. Wir dokumentieren sie im RM aus dem Grund, daß das ZK der KPD ja einen Antrag an den Sonderparteitag gestellt hat,

es zu ermächtigen, weitere Verhandlungen zu führen. Für diesen Tagesordnungspunkt liegen nun diese Änderungsvorschläge der GIM vor, nicht zum Tagesordnungspunkt Programmmentwurf. Sinn der Sache: Die Delegierten des Sonderparteitags sollen die politischen Fragen, um die sich eine mögliche Fortsetzung der Verhandlungen drehen wird, bei ihrer Entscheidung kennen.

Vorbemerkung: Die Änderungsvorschläge beziehen sich auf vier zentrale Fragen: die Länder des Warschauer Pakts; die politische Strategie der Arbeiterbewegung; die Frauenunterdrückung; die Notwendigkeit des Aufbaus einer revolutionären Partei. Nicht berücksichtigt sind hierbei redaktionelle Änderungen am Text, von deren Akzeptierung für uns jedoch nicht die Zustimmung zur Plattform abhängen würde.

Änderungsvorschläge zu den Ländern des Warschauer Pakts

1. Seite 1, Abs. 9 wie folgt zu ändern:

„(Tatsache ist, ...), daß die Arbeiterinnen und Arbeiter nicht für sich, sondern für den Vorteil einer Minderheit von Herrschenden arbeiten.“

2. Seite 11, im Abs. 1 den letzten Satz:

„Kurz gesagt: Die Fortführung des Klassenkampfes ist notwendige Bedingung für die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft und ihr Fortschreiten zum Kommunismus“ streichen.

3. Seite 4, hinter Abs. 6 wie folgt einfügen:

„In die Lösung seiner weltweiten Krise bezieht der Imperialismus auch die Möglichkeit der militärischen Eroberung der Länder des Warschauer Pakts, der VR China, u. a. ein, um seine Ausbeutungsquellen auszudehnen.“

Seine aggressive Politik äußert sich zunächst in der wachsenden Tendenz zu lokalen Kriegen und zur Zerschlagung der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen, bzw. von Regierungen, die sich aus der Abhängigkeit vom Imperialismus gelöst haben.

Es wächst aber auch die Gefahr einer globalen Konfrontation und eines militärischen Konflikts zwischen den beiden Militärblöcken NATO und Warschauer Pakt, und damit die Gefahr eines dritten imperialistischen Weltkriegs, der unweigerlich Europa zum zentralen Kriegsschauplatz haben und aller Voraussicht nach in einer atomaren Katastrophe für die gesamte Menschheit

enden würde.

Das wirksamste Mittel zur Verhinderung eines solchen Krieges sehen die revolutionären Sozialisten in der Ausweitung der sozialistischen Revolution. Revolutionäre Sozialisten unterstützen den antiimperialistischen Befreiungskampf in der dritten Welt. Sie befürworten, daß die Länder des Warschauer Pakts, VR China, u. a. wirtschaftlich, politisch und wenn erforderlich auch militärisch unterstützen gegen die imperialistische Aggression. Sie wenden sich jedoch dagegen, daß an solche Hilfe Bedingungen geknüpft werden. Sie wenden sich gegen alle Versuche des Warschauer Pakts, der VR China, u. a., revolutionäre Bewegungen zu bevormunden oder politisch zu unterdrücken, das Selbstbestimmungsrecht der Nationen zu verletzen. Revolutionäre Sozialisten kritisieren die Militarisierung der DDR-Gesellschaft, deren Funktion vor allem in der Disziplinierung und Unterdrückung der Bevölkerung und ihrer elementaren Freiheiten liegt. Sie kritisieren den Einsatz von Truppen des Warschauer Pakts gegen Aktionen der Arbeiterklasse. Sie kritisieren die Unterdrückung der demokratischen und sozialistischen Opposition. Sie kritisieren die atomare Aufrüstung, die den Atomkrieg nicht verhindern hilft, sondern ihn wahrscheinlicher macht; die gegen den Willen und unter Ausschaltung der Bevölkerung passiert.

Revolutionäre Sozialisten unterstützen vor allem die Strömungen in der DDR, die zusätzlich zur Kritik am bürokratischen Regime festhalten an der Kritik der imperialistischen Aggression. Diese Strömungen ordnen sich nicht der offiziellen Propaganda unter, die das imperialistische Feindbild vorwiegend dazu nutzt, die Kritik im Innern mundtot zu machen. Sie kritisieren vielmehr, wie die Machthaber in der DDR auf die imperialistische Aggression antworten: durch Unterdrückung nach innen und Stillhaltepolitik nach außen. Dem halten sie die Verwirklichung der sozialistischen Demokratie im eigenen Land, und die Unterstützung revolutionärer, antiimperialistischer und antikapitalistischer Bewegungen entgegen.“

4. Seite 12, Abs. 3 wie folgt ändern:

„In den Ländern des sog.

realen Sozialismus können wesentliche Bedürfnisse der Mehrheit der Bevölkerung nicht erfüllt werden, während eine Minderheit ein Leben im Überfluß führt. Dies ist Folge der Tatsache, daß Planung in diesen Ländern, soweit sie besteht, bürokratisch, von oben nach unten, unter Ausschaltung jeglicher Beteiligung der Arbeiterklasse und an ihren realen Bedürfnissen vorbei durchgesetzt wird. Ebenso drückt sich darin aus, daß neben Elementen der Planwirtschaft verstärkt auch solche der Marktwirtschaft sich ausbreiten (Reprivatisierungstendenzen; Gewinnorientierung der Betriebsleitungen; Durchbrechen des Außenhandelsmonopols des Staates; Abhängigkeit vom Internationalen Währungsfonds, usw.).

Die revolutionären Sozialisten wenden sich gegen die Reprivatisierung von Industriebetrieben und größeren Ländereien, von Bergwerken, Transport- und Kommunikationsmitteln. Sie wenden sich gegen die Aushöhlung der Planwirtschaft. Sie setzen sich dafür ein, daß die Enteignung der Kapitalisten und die Maßnahmen zur Verstaatlichung vom tatsächlichen Übergang der Leitung der gesamten Volkswirtschaft an die Arbeiterklasse begleitet ist.“

5. Seite 10, im Anschluß an den 5. Abs.:

„Auf diese Weise ersetzen Organe der Selbstverwaltung mit umfassenden Aufgaben (politische, wirtschaftliche, militärische, soziale) nach und nach staatliche Organe, die bislang der Kontrolle der Bevölkerung entzogen waren. Indem sich die Arbeiterklasse allmählich sämtliche Machtfunktionen aneignet, stirbt der Staat ab.“

Hinter Abs. 6 „... Religionsfreiheit“ einfügen:

„Die Gewerkschaften müssen vom Staat vollständig unabhängig sein.“

Hinter „... für die Vertretungskörperschaften haben“ einfügen:

„Der demokratische Arbeiterstaat aber muß, um die freie politische Willensbildung der Werktätigen zu verwirklichen, zugleich die legale Existenz und Tätigkeit aller politischen Parteien verwirklichen, solange sie die sozialistische Legalität anerkennen und in deren Rahmen arbeiten.“

Änderungsvorschlag zur Unternehmerstrategie und kapitalistischer Krise

Seite 6, Abs. 3—7 wie folgt ändern:

„Je größer für die herrschende Klasse der von der krisenhaften Wirtschaftsentwicklung ausgehende Problemdruck wird, um so enger wird der Spielraum für Reformen, um so rücksichtsloser tritt das Kapital für seine Interessen ein.“

Dabei zeichnen sich verschiedene, von taktischen Erwägungen bestimmte, Varianten bürgerlicher Politik ab: von der offenen Konfrontation mit den Gewerkschaften, die verbunden ist mit der Erzeugung einer aggressiven Stimmung gegen die organisierte Arbeiterbewegung, über den Versuch, demokratische Rechte systematisch abzubauen, bis hin zum Versuch vor allem seitens der Großindustrie, die Gewerkschaften zu spalten und die kämpferischen Kräfte in ihr politisch zu isolieren.

Die Offensive der Unternehmerverbände und der unionsgeführten Bundesregierung gegen die IG Metall und die IG Druck und Papier 1984 beim Kampf um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich war vor allem vom Versuch geprägt, die Gewerkschaften zu spalten und eine Einheitsfront für die 35-Stunden-Woche zu verhindern. Die aggressive antigewerkschaftliche Strategie dagegen hat ihre Basis vor allem in bestimmten Teilen der Mittelschichten, die etwas besitzen oder glauben, etwas zu besitzen. Ihnen wird der gewerkschaftliche Kampf als schädlich für das „Gemeinwohl“, als partikularistisches Interesse und als eigentliche Ursache für Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit hingestellt.“

2. Seite 3, im Anschluß an Abs. 1 anfügen:

„Zugleich gefährdet die hemmungslose Profitwirtschaft den Bestand der Umwelt und die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen. Die Krise des kapitalistischen Systems ist nicht nur eine wirtschaftliche; sie ist auch eine ökologische, eine Krise der zwischenmenschlichen Beziehungen, eine Zu-

nahme der internationalen Spannungen.

Die bürgerliche Politik, die Folgen der Krise auf die arbeitende Bevölkerung abzuwälzen, trifft zunehmend auf Widerstand: die Gewerkschaften und die Belegschaften einzelner Betriebe führen längere und härtere Abwehrkämpfe; breite Teile der Bevölkerung haben sich zu Hunderttausenden gegen Atomraketen, Atomenergie und Umweltverschmutzung in Bewegung gesetzt; Widerstand wird organisiert gegen die Unterdrückung der Frauen, die Diskriminierung der Ausländer; gegen die wachsende Wohnungsnot wurden in breitem Maßstab Häuser besetzt. So hat sich eine breite Front gegen die kapitalistische Abwälzung der Krisenlasten gebildet.“

Doch wird es für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiter... usw. im Text.

Änderungsvorschläge zur politischen Strategie der Arbeiterbewegung

1. Seite 7, im Anschluß an Abs. 6:

„Die Diskreditierung des Sozialismus als einzige Lösung der kapitalistischen Krise hat dazu geführt, daß das Ziel der sozialistischen Gesellschaft nicht mehr im breiten Bewußtsein der Arbeiterklasse gegenwärtig ist. Revolutionäre Sozialisten stehen daher vor dem Problem, anknüpfend am bestehenden Bewußtsein und an den aktuellen Tagesforderungen der Arbeiterklasse die Notwendigkeit einer sozialistischen Lösung und der politischen Machteroberung vermitteln zu müssen. Dies geht nicht durch papierene Propaganda. Es müssen praktische Kämpfe um Forderungen organisiert werden, die auf die wirkliche Lösung der dringendsten Probleme abzielen und damit auf die Grenzen des bestehenden Systems stoßen. Aktionsformen, die auf breitest mögliche Mobilisierung und tatsächliche Durchsetzung solcher Forderungen ausgerichtet sind, werden zumindest ansatzweise die bürgerliche Herrschaft und Verfügungsgewalt infragestellen.“

So bedeutet die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung ohne Lohneinbußen, verbunden mit dem Kampf um den Erhalt aller Arbeitsplätze und für entsprechende Neueinstellungen, daß dem Kriterium des Profits das Kriterium der Solidarität entgegengesetzt wird. Das Problem der Arbeitslosigkeit ist erst gelöst, wenn die vorhandene Arbeit auf alle verteilt und nach den gesellschaftlichen Bedürfnissen gestaltet wird. Im Kapitalismus, zumal in der Krise, kann dies nicht realisiert werden. Ähnlich bedeutet es einen Ansatz zur Infragestellung der kapitalistischen Verfügungsgewalt, wenn für Verstaatlichungen gekämpft wird in Verbindung mit ausgedehnten Kontroll- und Ve-

torechten für die Belegschaften.“

2. Seite 8, in Abs. 2 wie folgt ändern:

„... zu unterwerfen, oder sich auch mit der Waffe in der Hand gegen die Angriffe der staatlich-legalen wie der illegalen Hilfstruppen des Kapitals zu wehren, deren Macht zu brechen und die politische Macht für sich selbst zu erobern.“

3. Seite 9, im Anschluß an Abs. 3:

„Dazu kann die Arbeiterklasse nicht die Institutionen des bürgerlichen Staates (Regierung, Parlament, Verwaltung, Justiz) verwenden. Sie muß sich auf ihre eigenen Organisationen und auf die fortgeschrittenen Formen der Selbstorganisation der Unterdrückten stützen. Deren Zweck besteht dann nicht mehr allein in der Führung eines Abwehrkampfes, sondern sie übernehmen zunehmend Aufgaben, die sonst vom bürgerlichen Staat bzw. der bürgerlichen Klasse übernommen werden (z.B. die Kontrolle der Produktion in den Betrieben, die Verteilung der Lebensmittel in den Stadtteilen, die Überwachung von Wohn- und Arbeitsvierteln zum Zweck der Verteidigung, usw.).

An welchen politischen Fragen und in welchen Formen (ob ausgehend von Vertrauensleuten oder Betriebsräten oder ob in Form von Räten, o. a.) sich solche Organe der proletarischen Gegenmacht entwickeln, kann beim heutigen Stand der Klassenkämpfe nicht vorhergesagt werden. Festgehalten werden kann nur, daß aller historischen Erfahrung nach solche Organe der Gegenmacht das Fundament des neuen Arbeiterstaats bilden. Revolutionäre Sozialisten haben die Aufgabe, solche Organe zu fördern, für ihr demokratisches Funktionieren einzutreten, für ihre Zentralisierung, und innerhalb dieser Organe eine Mehrheit für die Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse und für die Zerstörung des bürgerlichen Staatsapparats zu gewinnen.“

4. Seite 8, den 1. Satz wie folgt verändern:

„Im Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung und Arbeitslosigkeit, gegen Lohn- und Sozialabbau, gegen Hochrüstung und imperialistische Kriegspolitik, gegen den Abbau demokratischer Rechte und fortschreitende Umweltzerstörung usw. braucht die Arbeiterklasse das Bündnis mit den sozialen Massenbewegungen. Es ist die Arbeiterklasse, der in diesem Kampf die führende Rolle zukommt. Sie wird sie aber nur wahrnehmen können, wenn sie bereit ist, die Forderungen und Bestrebungen aller fortgeschrittenen Bewegungen auf ihre Fahnen zu schreiben. Dabei muß sie berücksichtigen, daß die sozialen Bewegungen sich ihre eigenen Organisationsformen und Führungen schaffen; sie leisten einen eigenständigen Beitrag im Kampf gegen die Krise des Kapitalismus und werfen dabei oft Fragen auf, mit denen

Fortsetzung auf Seite 13

13. Gewerkschaftstag der IGBE

Ruhe im Bau

In Hamburg fand der 13. Gewerkschaftstag der IG Bau, Steine, Erden statt. 345 Delegierte — davon vier Frauen — vertraten 517 000 Mitglieder. Beherrschendes Thema des Gewerkschaftstages: die Krise in der Bauindustrie und die weiter steigende hohe Arbeitslosigkeit in dieser Branche.

Einen besonderen Gruß an die „arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen“ stellte IG BSE-Chef Konrad Carl an den Beginn seiner Eröffnungsrede. 150 000 Kolleginnen und Kollegen sind derzeit im Baugewerbe arbeitslos. Von den noch ca. 1 Millionen Beschäftigten werden allein in diesem Jahr ca. 100 000 ihren Arbeitsplatz verlieren.

Dagegen fordert die IG BSE eine Belebung der Bautätigkeit durch öffentliche Investitionen. In diesem Zusammenhang hat die Gewerkschaft ein Programm Bauen + Umwelt vorgelegt. Ausgesprochen hat sie sich begrüßenswerterweise gegen verstärkten Bunkerbau (siehe Seite 6).

Beschlossen wurde auch, daß die IG BSE sich nun auch die 35-Stunden-Woche zum Ziel setzt. Bekanntlich gehörte die IG BSE zur sogenannten Fünferbande, die im letzten Jahr das Blümche Spaltungsmanöver mit dem Vorruhestand gegen die Gewerkschaften, die für die 35-Stunden-Woche eintraten, unterstützte.

An eine Tendenzwende in dieser Gewerkschaft mag man trotz einiger positiver Beschlüsse allerdings nicht glauben. Die IG BSE gehört zu den Gewerkschaften, die seit den 50er Jahren systematisch von sozialdemokratischen Rechtsaußen zugrunde gerichtet worden ist. Der Finanzbericht liefert die Vorstellung davon, in welchem Ausmaß die IG BSE zu einer völlig sozialfriedlichen Organisation verkommen ist.

Nennenswerte Beträge an Streikgeldern wurden nur 1984 ausbezahlt. Es handelt sich aber um 1,7 Millionen Mark für den Streik der Berliner Akkordarbeiter und um 64 000 Mark, die an Mitglieder, die von den Streiks der IG Metall und der IG Druck & Papier betroffen waren. Insgesamt ein völlig untypisches Jahr.

Aufschlußreicher sind da die ersten beiden Jahre des dreijährigen Berichtzeitraums. 1982 wurden 2836 DM an Streikgeldern ausbezahlt und 1983 gar 332,81 Mark.

Auch andere Debatten auf dem Gewerkschaftstag zeugen nicht von einer Aufbruchstimmung. Die besonderen Grüße an die „arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen“ haben die Delegierten nicht daran gehindert, mit satter Mehrheit die Aufnahme von Arbeitslosen in die Gewerkschaft abzulehnen. Ein Redner sprach von „Parasiten und Trittbrettfahrern“, die erst in der Not den Weg zur IG Bau suchten.

Mit großer Mehrheit billigten die Delegierten eine Neuformulierung der Ausschlußgründe aus der Gewerkschaft. Zuvor waren sie, wie das „Handelsblatt“ genüßlich notierte, „zu ihrer Zufriedenheit darüber aufgeklärt worden, was unter einer ‚verfassungsfeindlichen Organisation‘ zu verstehen sei.“

Am wenigsten sprechen die Wahlergebnisse für eine nennenswerte positive Entwicklung in der IG BSE. Konrad Carl wurde mit 321 von 341 gültigen Stimmen

für weitere drei Jahre wiedergewählt. Der gesamte Vorstand wurde bis auf ein Mitglied, das aus Altersgründen ausschied, wiedergewählt.

Dieses Wahlergebnis ist schwer verständlich, wenn man sich die Bilanz der Vorstandsarbeit in den letzten drei Jahren ansieht: 1983 hatte Carl einen Tarifkompromiß gebilligt, den sogar die Tarifkommission ablehnte; 1985 handelte er eine viermonatige Lohnpause aus. Der Vorruhestandskurs war ein absolut wirkungsloser Flop. Schließlich erhielt Carl vom Bundesgerichtshof bestätigt, daß die Vorstandswahlen auf dem letzten Gewerkschaftstag unrechtmäßig zustandekommen sind. Damals hatte Carl, um den oppositionellen damaligen Stuttgarter Bezirksvorsitzenden Schramm aus dem Vorstand fernzuhalten, den Vorstand mit einfacher Mehrheit um einen Sitz verkleinern lassen, obwohl dafür eine Satzungsändernde Zweidrittelmehrheit notwendig gewesen wäre. Anschließend blies Carl zum regelrechten Kesselstreben gegen die Stuttgarter Rebellen.

Angesichts dieser Tatsache ist das Wahlergebnis nicht mehr nachzuvollziehen. Die Anträge der Stuttgarter Delegierten wurden, wie die „Stuttgarter Nachrichten“ formuliert, „im Proteststurm abgelehnt“. Der ehemalige Stuttgarter Bezirksvorsitzende Schramm reiste zur Mitte des Gewerkschaftstages ab.

Für die Masse der IG BSE-Mitglieder bleibt nur die Möglichkeit, die nächsten drei Jahre bis zum 14. Gewerkschaftstag zu nutzen, um doch noch einen Kurswechsel in ihrer Gewerkschaft durchzusetzen.

Krupp: Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung

Krupp-Stahlwerker demonstrierten



Tausende Krupp-Stahlwerker demonstrierten am 10. Oktober in Siegen für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Beinahe geschlossen marschierte die Belegschaft des Werkes Geisweid mit. Das Geisweider Werk war auch Abmarschort. Zahlreich vertreten waren Kolleginnen und Kollegen anderer Krupp-Standorte. In den Protestzug

reichte sich auch eine große Zahl Siegener Bürger ein. Abordnungen von Belegschaften anderer Stahlkonzerne nahmen ebenfalls an der Demonstration teil. Die mitgeführten Transparente richteten sich gegen die Arbeitsplatzvernichtungspläne des Krupp-Vorstandes: „Gegen die Kahlschlagkonzepte des Vorstandes der Krupp-Stahl

AG — Für sichere Arbeitsplätze.“ Auf einem anderen Transparent wurde die Vergesellschaftung der Stahlindustrie gefordert. Ein weiteres Transparent richtete sich an die Adresse des NRW-Ministerpräsidenten Johannes Rau: „Bruder Johannes, wo bleiben deine Taten?“

Westberlin

Politische Zensur gegen Lehrer?

Eine Disziplinarkammer des Verwaltungsgerichts Berlin hat zwei in der GEW aktive Lehrer wegen Dienstverletzung zur Zahlung von je einem halben Monatsgehalt verurteilt. Die beiden Kollegen hatten am 20. Oktober 1983 zu einer halbstündigen demonstrativen Arbeitsniederlegung während der UN-Friedenswoche aufgerufen. Mehrere tausend westberliner Lehrer folgten damals dieser Aufforderung.

Das Disziplinarverfahren war von der Schulsenatorin Hanna-Renate Laurien angestrengt worden.

Die beiden Kollegen hatten argumentiert, es habe sich bei der Arbeitsniederlegung nicht um einen — für Beamte verbotenen — Streik im klassischen Sinn gehandelt. Es sei nicht um die Durchsetzung arbeitsrechtlicher Ziele gegangen, sondern um eine demonstrative Meinungsäußerung.

Tatsächlich warf der Vertreter der Schulbehörde den beiden Lehrern gerade diese Meinungsäußerung vor: Die Schule sei kein Ort der Agitation, sondern der pluralistischen Information. Die Arbeit der Gewerkschaft zu einem so emotional besetzten Thema, wie sie die NATO-Nachrüstung damals gewesen sei, habe zu einer Politisierung in den Schulen geführt. Dadurch sei es zu häßlichen Szenen innerhalb der Lehrerkollegien gekommen. „Die Verbreitung von Angst und Schrecken gehört nicht zu den Aufgaben einer Schule“, erklärte die Schulbehörde.

Ganz offensichtlich ging es der Schulbehörde also weniger um die Arbeitsniederlegung als solche als um die inhaltliche Meinung, die zum Ausdruck gebracht wurde.

Geradezu hanebüchen die Anklage, es sei innerhalb der Kollegien zu Auseinandersetzungen gekommen. Es wäre ja wohl ein Unding, wenn es ausgerechnet unter Lehrern nicht zu Auseinandersetzungen käme in einer Frage, die im Zentrum der gesellschaftlichen Auseinandersetzung stand. Hier spukt offensichtlich der preußische

Beamtengeist noch in der Behörde.

So konnte auch die Disziplinarkammer, die die Kollegen zur Geldstrafe verurteilte, nicht umhin, in der Begründung festzustellen, man könne sich nicht ganz des Eindrucks erwehren, daß hier „politische Zensur gegen die Beklagten ausgeübt“ worden sei.



Mit diesem Emblem wirbt die ÖTV bundesweit für die Herabsetzung der Altersgrenze für den Ruhestand von Berufsfeuerwehrlern von 60 auf 55 Jahre. Sie weist darauf, daß dies in fast allen europäischen Ländern bereits der Fall ist. Die Karikatur spekuliert offensichtlich darauf, daß die meisten Menschen es wohl vorziehen, in einer Gefahrensituation nicht auch noch den Feuerwehrmann retten zu müssen.

Info-Konferenz

Zur Diskussion der Weichenstellung für die Tarifbewegung 1986 lädt die Redaktion der Info 35 für den 9./10. 11. 85 zu einer Arbeitstagung in Nürnberg ein. Themen: Lohn- und Arbeitszeitforderungen, ungeschützte Arbeitsverhältnisse, Anträge an IGM- und andere Gewerkschaftstage, Zusammenarbeit zwischen verschiedenen DGB-Gewerkschaften. Anmeldung über: Michael Köster, Philip-Schnell-Str. 38, 6000 Frankfurt/M. 56.

Die deutschen Sozialleistungen sind hoch — Wir sind kein sozial verarmtes Land

Die Tatsachen

- im Durchschnitt erhält jeder Bürger 9000 Mark Sozialleistungen im Jahr
- allein 1983 und 1984 wurden trotz Kürzungen auf bestimmten Gebieten Sozialleistungen um mehr als 40 Mrd. Mark aufgestockt
- ältere Arbeitslose erhalten länger Arbeitslosengeld
- nach wie vor wird jede dritte Mark, die in unserer Volkswirtschaft verdient wird, für die soziale Sicherung ausgegeben

Damit stehen die Sozialleistungen unseres Landes in der Weltspitze. Dies widerlegt das Gerede des DGB vom Sozialabbau. Unvermeidliche Einsparungen hatten das Ziel, unsere Sozialsysteme wieder sicherer zu machen. Davon haben auf Dauer alle mehr.

Sozialleistungen fallen nicht vom Himmel. Sie müssen bezahlt werden. Letzten Endes von allen: den Beitragszahlern und den Steuerzahlern.

Immer höhere Sozialkosten — können wir uns das leisten?

Wer soll das bezahlen?

Das ist eines der Flugblätter, mit denen die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände sich anlässlich der Aktionswoche des DGB in Agitation versucht. Der Inhalt der Flugblätter bietet nichts Neues: je geringer die Kosten der Arbeit, um so weniger werden sie zum Hemmnis für die Beschäftigung. Je mehr die Leistungen der sozialen Sicherungssysteme abgebaut werden, desto leistungsfähiger sind sie in der Zukunft usw.

Im Text des abgebildeten Flugblatts wird festgestellt: „Sozialleistungen fallen nicht vom Himmel. Sie müssen bezahlt werden. Letzten Endes von allen: den Beitragszahlern und den Steuerzahlern.“ Bezahlt werden müssen sie — das ist schon klar. Unser Vorschlag: die Reichen sollen zahlen.

Die rhetorische Frage am Schluß des Flugblatts „Immer höhere Sozialkosten — können wir uns das leisten?“ möchten wir wahrheitsgemäß beantworten: Wir nicht, aber ihr.

Europas Stahlarbeiter vor neuen Auseinandersetzungen

Dies ist die Schlußfolgerung, die man ziehen muß, wenn man zwei in den letzten Monaten veröffentlichte Dokumente näher betrachtet. Einmal sind da die von der Kommission der Europäischen Gemeinschaft veröffentlichten „Allgemeine Ziele Stahl 1990“, zum anderen ein Gutachten des IFO-Instituts für die Unternehmervereinigung Eisen- und Stahlindustrie in der BRD.

Beide Dokumente werden bei den kommenden Verhandlungen des Ministerrats der EG am 17. 10. 1985 eine wichtige Rolle spielen in der Auseinandersetzung über die zukünftige Stahlpolitik in Europa, so wie sie von den Regierungen geplant ist.

Allgemeine Ziele Stahl 1990

Ausgangspunkt der Überlegungen der EG ist:

„Ohne daß heute schon abschließend im einzelnen gesagt werden kann, wo die Überkapazitäten liegen, sollte die Stahlindustrie sich darauf einstellen, daß der Markt sie in den kommenden Jahren zu weiteren Kapazitätsschnitten zwingen dürfte.“ (E. S. 2)

Als Gründe werden dazu angeführt:

„Der spezifische Stahlverbrauch geht nämlich bei allen Stahlverarbeitern zurück ...

Der Markt der Gemeinschaft kann nicht auf Dauer gegen die Konkurrenz aus Drittländern abgeschirmt werden ...

Der Stahlverbrauch bleibt seit mindestens zehn Jahren um etwa 3 Prozent jährlich hinter dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts zurück ...“ (E. S. 3, S. 4, I. S. 2) Selbst bei einem Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 2,5 Prozent bis 1990 geht deshalb die EG-Kommission davon aus, „daß der Stahlverbrauch bis 1990 nicht über den Stand von 1984 hinausgeht.“ (I. S. 7)

Bezüglich des Überschusses des Exports über den Import der in den letzten Jahren zwischen 10 und 16 Millionen Tonnen aus der EG in andere Länder betrug, rechnet die EG bei „schlechter“ Entwicklung mit nur noch 5 Millionen Tonnen direktem Stahlexportüberschuß gegenüber dem Stahlimport.

Die mögliche Entwicklung der Rohstahlerzeugung für 1990 wird von der EG-Kommission in Form von zwei Hypothesen — eine schwache, eine starke — dargestellt: schwache Hypothese (Voraussage = 103 Millionen Tonnen, starke Hypothese (Voraussage) = 120 Millionen Tonnen Rohstahlerzeugung.

Obwohl von 1980 bis Mitte 1985 die Warmwalzkapazitäten bereits um über 28 Millionen Tonnen auf 143 Millionen Tonnen reduziert wurden, ergibt sich aus den oben genannten Zahlen für die EG-Kommission die Forderung nach Abbau von weiteren mindestens 27 Millionen Tonnen Rohstahlkapazitäten. Bei der „schwachen Voraussage“ müßten es sogar 42 Millionen Tonnen Rohstahlkapazitäten sein.

Die größten Überhänge an Produktionskapazitäten auf den Walzstufen der Stahlkonzerne werden gesehen in folgenden Bereichen:

- Quattrobleche 33 Prozent;
- Formstahl, leichte Profile 30,1 Prozent;
- kaltgewalzte Bleche 15 Prozent

Angemerkt werden sollte an dieser Stelle, daß dies auch gerade die Bereiche sind, in denen die Konzerne Krupp, Klöckner und Thyssen in den letzten Wochen ihre neuen Rationalisierungskonzepte angekündigt haben. Nachdem jahrelang der Bereich „Walzdraht“ als der Über-

hangbereich an Kapazitäten gekennzeichnet wurde, ist hier inzwischen durch die massiven Stilllegungen ein ausgeglichenes Verhältnis von Angebot und kaufkräftiger Nachfrage vorhanden. Dafür sind in zwei anderen Bereichen durch die Neuinvestitionen inzwischen Überhänge zu erwarten: einmal die oben schon erwähnten „kaltgewalzten Bleche“, zum anderen der Bereich „Edelstahl“, zu dem die EG-Kommission schreibt: „Die Analyse über die Kapazitäten der hauptsächli-



chen Einzelbereiche beim Edelstahl zeigt eine gewisse Gefahr der Überkapazität für die kommenden Jahre auf.“ (III, S. 12)

Betroffen hiervon sind insbesondere Sonderbaustähle, Warmbleche und Walzdraht — auch diese Bereiche, in denen Krupp und Thyssen weiter rationalisieren wollen.

Welche Folgen haben diese Pläne für die Beschäftigten?

Ausgehend vom Höchststand der Beschäftigung in den Stahlrevieren im Dezember 1974 mit 795 700 abhängig Beschäftigten, wurden bis Dezember 1984 — also in zehn Jahren — 349 800 Arbeitsplätze, das sind 44 Prozent aller im Jahre 1974 vorhandenen Arbeitsplätze, von den Stahlkonzernen unter Hilfestellung der EG-Kommission vernichtet.

Die Produktionsrückführung betrug im gleichen Zeitraum nur 23,3 Prozent, also knapp die Hälfte des Belegschaftsabbaus. Dies macht deutlich, daß in erster Linie alte, beschäftigungsintensive Anlagen geschlossen wurden und gleichzeitig der Leistungsdruck in den verbleibenden Betrieben enorm gesteigert wurde.

Allein in den Jahren 1980 bis 1984 stieg die Produktivität bei der Rohstahlerzeugung in der EG jährlich um durchschnittlich 4,07 Prozent. Die EG-Kommission umschreibt den geplanten massiven weiteren Arbeitsplatzabbau in den

EG-Ländern so:

„Man ist jedoch gezwungen anzuerkennen, daß die Beschäftigung in der Eisen- und Stahlindustrie in den kommenden sechs Jahren noch schwere Einbußen wird hinnehmen müssen.“

Selbst bei Voraussetzung der hohen Hypothese (Voraussage), d. h. einer Stahlproduktion von 120 Mio Tonnen im Jahr 1990 wird die laufende Modernisierung der Produktionsmittel, die Automatisierung, der steigende Anteil des Stranggusses und der integrierten Produktion in fortlaufender Linie sowie die ständige Suche nach höherer Stundenleistung und niedrigeren Kosten neue Opfer verlangen ... voraussichtlich in Richtung auf einen weiteren Personalabbau in einer Größenordnung wie im Verlaufe der vergangenen 3 Jahre ...“ (VI, S. 8, S. 10)

Die Anzahl vernichteter Arbeitsplätze in den letzten drei Jahren betrug rund 115 000 in der gesamten EG — damit wird deutlich,

schließlich äußert sich die EG so:

„Es ist in der Tat nicht auszuschließen, daß sich die Arbeitszeit innerhalb der nächsten fünf Jahre — wenn auch nur in beschränktem Umfang — verringern wird. Soweit sich ein solches Ergebnis unter Berücksichtigung der unabwieslichen Notwendigkeiten in Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit und mit Zustimmung der Sozialpartner erreichen läßt, ist es folgerichtig, positive Auswirkungen auf den Personalbestand zu erwarten.“ (VI, S. 15)

Als eigenständige „Krisenlösungsstrategie“ kann Arbeitszeitverkürzung für die EG-Kommission schon aus Gründen der internationalen Konkurrenz offensichtlich nicht in Frage kommen. Einmal mehr erweist sich die EG als eine Gemeinschaft der Monopolherren und nicht der abhängig Beschäftigten. Angesichts dieser Zahlen ist die Gegenwehr der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, national wie auch international, dringender denn je.



IFO-Gutachten über die Stahlindustrie in der BRD

Dieses Gutachten dient derzeit in der BRD den Stahlkonzernen und ihrer „Wirtschaftsvereinigung“ landauf, landab dazu, gegen die Subventionen in den anderen EG-Ländern zu hetzen, dient insbesondere dazu, die Empörung und den Widerstand der Stahlarbeiter und der betroffenen Regionen gegen die neuen Rationalisierungs- und Kahlschlagspläne von sich selbst abzulenken und die Ursachen dafür bei der „Subventionitis“ der anderen EG-Länder zu suchen.

Deshalb wird lang und breit ausgewagt, was passieren würde, wenn ein geplanter Kapazitätsabbau von 20 Millionen Tonnen allein auf die BRD-Konzerne entfallen würde. Heraus kommt, gewollt natürlich, das erwartete Horrorgemälde: insgesamt 68 400 Arbeitsplätze würden in der BRD damit entfallen, davon rund 38 500 in den Stahlbetrieben direkt.

Schaut man sich aber die Entwicklung von 1974 bis 1984 an, so ist festzustellen:

- in der BRD wurde die Belegschaft nur unterdurchschnittlich abgebaut — nur 34 Prozent gegenüber dem EG-Durchschnitt von 44 Prozent;
- die Produktion wurde etwas über Durchschnitt abgebaut — 25,9 Prozent gegenüber 23,3 Prozent im EG-Durchschnitt.

Darüber hinaus stellt das IFO-Institut fest:

... daß die deutsche Stahlindustrie im internationalen Vergleich immer noch eine ähnlich hohe Wettbewerbsfähigkeit wie die japanische Stahlindustrie besitzt. Auch innerhalb der EG weist die deutsche Stahlindustrie hinsichtlich Technik, Produktivität, Kosten, Spezialisierung und Außenhandelsposition sehr günstige Vergleichswerte auf. ... Die deutsche Stahlindustrie ist in allen Produktionsstufen mit einer modernen Anlagentechnik ausgestattet. In einer Reihe von Stahltechnologien hat die Bundesrepublik einen Entwicklungsvorsprung ... die Anteile deutscher Unternehmen an den Patentanmeldungen im Ausland in den Bereichen Roheisen, Rohstahl und Stahlerzeugung (sind) überwiegend mehr als doppelt so hoch wie die der übrigen EG-Länder. Sie sind auch wesentlich höher als die japanischen Anmeldungen.“ (IFO, Pressemitteilung der Wirtschaftsvereinigung, S. 2)

Dieses Auftragsgutachten dient neben den schon genannten Absichten natürlich auch dazu, Druck auf die Bonner Regierung auszuüben, auf dem nächsten Stahlgipfel unbedingt bei ihrer Verweigerungshaltung gegenüber weiteren Subventionszahlungen innerhalb der EG zu bleiben.

Die Studie führt bezüglich der Exportsituation der BRD-Stahlindustrie aus: „... daß die deutsche Stahlindustrie, gemessen an den Lieferanteilen, im Jahre 1982 nach Japan die stärkste Stellung auf den Auslandsmärkten hatte ... eine stärkere Position auf dem Auslandsmarkt als die europäischen Konkurrenten.“ (IFO, Wirtschaftsvereinigungsmittelteil S. 3)

Angesichts dieser nach wie vor unverändert guten bis ausgezeichneten Konkurrenzsituation ist es geradezu ein Hohn, wenn Betriebsräte bei Krupp und Hoesch, wie in den letzten Wochen geschehen, in das gleiche Horn blasen wie die Unternehmer, und nicht gegen die neuen Arbeitsplatzvernichtungspläne mobilisieren — und gegen ihre Verursacher und Profiteure — die bundesdeutschen Stahlkonzerne und Banken, die Unsummen an den Stahlkrediten in den letzten Jahren verdienten.

Aus den Belegschaften heraus muß Druck gemacht werden für die Forderungen wie sie im Stahlpolitischen Programm der IGM festgehalten sind:

- Sicherung der Beschäftigung in den Stahlrevieren;
- Sicherung des sozialen Status der Arbeitnehmer;
- Erhaltung der Stahlstandorte;
- Vergesellschaftung der Stahlindustrie bei entscheidenden Einflußmöglichkeiten der Gewerkschaften;
- Erhaltung und Ausbau der Mitbestimmung;
- weitere Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich.

Fortschritte auf diesem Wege setzen ein solidarisches Verhalten der Arbeitnehmer voraus: Innerbetrieblich wie zwischenbetrieblich und international. Zersplitterung hat den Arbeitnehmerinteressen noch nie genützt. Der Gefahr, vor Unternehmerinteressen gespannt zu werden, wird die IG Metall auf allen Ebenen offensiv entgegengetreten.

Mit diesen Grundsätzen grenzen wir uns gegen Strategien des Kapitals und seiner politischen Handlanger ab.

Quellen: Kommission der Europäischen Gemeinschaften, KOM (85) 208endg Brüssel, 4.4.85, „Allgemeine Ziele Stahl 1990“. IFO-Institut, Subventionen in Europa, München, August 1985. Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, 11.9.85, Düsseldorf, Pressemitteilung zum IFO-Gutachten.

Es wird weiter vertuscht

Fortsetzung von Seite 1

den versuchte darüber hinaus, die Trauergäste so weit wie möglich polizeilich zu registrieren: Autonummern wurden aufgeschrieben, Kränze, auf denen Namen oder Organisationen standen, fotografiert.

Am Tag nach der Beerdigung Günter Sares wurde bekannt, daß die Gewerkschaft der Polizei Anzeige gegen die Stadtverordnete der Grünen, Manon Tuckfeld und gegen einen Landtagsabgeordneten der Grünen gestellt hat. Anlaß für die Anzeige: Manon Tuckfeld hatte die Umstände, die zu Günter Sares Tod führten „nicht als Unfall, nicht aus Versehen, sondern als Folge einer von der Polizei ganz klar angelegten Eskalation“ bezeichnet. Der grüne Landtagsabgeordnete hatte gesagt, es erscheine „mehr als zweifelhaft, ob Günter Sare nicht absichtlich überfahren wurde.“ Diese Anzeigen werfen ein bezeichnendes Licht auf die Ermittlungstätigkeit der Polizei. Denn die gleiche Polizei, die angeblich immer noch keine konkreten Angaben über die Todesumstände von Günter Sare machen kann, weiß eines aber offenbar schon heute ganz genau — daß nämlich die Polizei nicht dafür verantwortlich ist!

Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft Ermittlungsergebnisse über die Geschwindigkeit, mit der der Wasserwerfer fuhr, der Günter Sare überrollte, bekanntgegeben. Danach fuhr der Wasserwerfer mit einer Geschwindigkeit von 23 km/h mit einer möglichen Abweichung von 3 km/h nach unten und nach oben. Das ist für einen Wasserwerfer, der in der Dunkelheit auf eine Menschen-

menge zufährt, eine gefährlich hohe Geschwindigkeit!

Inzwischen bestätigte die Staatsanwaltschaft auch die Pressemeldung über den Kommandanten des Wasserwerfers, den 38jährigen Winfried Reichert. Reichert war 1979 Leibwächter eines Geldfälschers gewesen, von der Anklage der Beihilfe zur Geldfälschung 1981 allerdings freigesprochen worden. Reichert war außerdem als Waffensammler bekannt, als er in den Polizeidienst eingestellt wurde. Bevor er Kommandant eines Wasserwerfers und Ausbilder von Polizisten wurde, fiel der noch einmal auf: durch besonders brutales Vorgehen bei den Demonstrationen gegen die Startbahn West. Eine entsprechende Anzeige führte jedoch, wie so oft, nicht zum Prozeß.

Aber auch dies, daß der Kommandant des Wasserwerfers, der Günter Sare überrollte, offenkundig einen Hang zur Kriminalität und zur Gewalttätigkeit hat, ficht den Frankfurter Polizeipräsidenten, ficht die meisten Politiker und Journalisten nicht an. Sie haben ein klares Feindbild, und das steht links und heißt Demonstranten. Ihre Konsequenz aus Günter Sares Tod heißt nicht, Schluß zu machen mit den bürgerkriegsähnlichen Polizeieinsätzen, sondern die „Truppe“, wie es bezeichnenderweise immer heißt, noch besser für den Einsatz gegen Demonstranten zu rüsten. An was gedacht ist, wurde deutlich, als der Frankfurter Polizeipräsident der „Frankfurter Rundschau“ gegenüber erläuterte, daß eine spezielle „Demonstrationspolizei“ im Moment „noch nicht(!) sinnvoll“ sei. (FR v. 15. 10. 85)



Trauerzug zu Ehren von Günter Sare

Trauergäste registriert

Die Frankfurter Polizei hat während der Beerdigung von Günter Sare versucht, möglichst viele Trauergäste polizeilich zu registrieren. Beweis dafür ist der Mitschnitt eines Gesprächs im Polizeifunk, den Amateurfunken ca. eine Stunde vor dem Eintreffen des Trauerzuges am Friedhof machten.

Polizist vor Ort: Hier werden Kränze angeliefert. Sollen wir die Autonummern notieren?

Zentrale: Handelt es sich um Fahrzeuge von Beerdigungsunternehmen?

P.v.O.: Nein, Privatfahrzeuge.

Z.: Notieren Sie und bringen Sie die Nummern nach Einsatzende vorbei. (...)

P.v.O.: Hier sind Kränze, wo ersichtlich ist, wer die gestiftet hat. Sollen wir die fotografieren?

Z.: Ja, fotografieren Sie.

Aus der „taz“ vom 11. 10. 85. Im gleichen Bericht meldet die „taz“ außerdem, daß am Abend der Beerdigung eine Polizeistreife in Zivil die Kennzeichen aller Fahrzeuge ins Präsidium meldete, die sie Besuchern der Gedenkfeier für Günter Sare im Gallusviertel zuordnete.



Nobelpreis für „Ärzte gegen Atomkrieg“

Den diesjährigen Friedensnobelpreis erhielt die internationale Vereinigung „Ärzte gegen den Atomkrieg“. Die Organisation hat in 51 Ländern 145 000 Mitglieder, in der Bundesrepublik und in Westberlin 3 400. Entstanden ist die Organisation 1980 auf Initiative amerikanischer und sowjetischer Ärzte. Die Mitglieder der Organisation verpflichten sich, „als Konsequenz ihrer Verpflichtung, Leben und Gesundheit zu

schützen, einen Atomkrieg abzuwehren.“ Denn, so die Ärzte, medizinische Hilfe in und nach einem Atomkrieg ist sinnlos. Deshalb wenden sich die Ärzte nicht nur gegen die atomare Aufrüstung, sondern auch gegen die sogenannte Katastrophenmedizin.

Einer der 98 Konkurrenten für den Friedensnobelpreis war übrigens kein anderer als Ronald Reagan.

Türken erwürgt

Bewährung für Polizisten

Vor dem Landgericht Konstanz fand jetzt der Prozeß gegen zwei Polizisten statt, die am 27. 12. 84 den türkischen Arbeiter Karacayli bei einer Personalienfeststellung in seiner eigenen Wohnung so lange im „Festhaltegriff“ gewürgt hatten, bis er starb. Die Anwälte der Polizisten plädierten auf Notwehr und Freispruch. Das Gericht sah einen „minder schweren Fall von Körperverletzung mit Todesfolge“ und verurteilte den Polizisten, der Cevat Karacayli im Würgegriff

gehalten hatte, zu einem Jahr Gefängnis auf Bewährung und den Polizisten, der ihn festgehalten hatte, zu 4 500 DM Geldstrafe.

Dieses Urteil ist ein Skandal. Seit wann ist es ein „minder schwerer Fall von Körperverletzung“, wenn jemand einen anderen Menschen erwürgt, bis sich dessen Hände blau färben und immer noch weiter würgt, obwohl er — wie in diesem Fall durch Frau Karacayli gewarnt wird: „Sie bringen ihn ja um!“?

Beihilfe zum Mord in 1 000 Fällen

Straffreiheit im Hamburger NS-Prozeß

In Hamburg ging jetzt der Prozeß gegen Otto Siemers, Chef der 10. Kompanie des SS- und Polizeiregiments 17 im Generalgouvernement Warschau, zu Ende. Obwohl das Gericht es als erwiesen ansah, daß Otto Siemers Beihilfe zum Mord in schätzungsweise 1 000 Fällen geleistet hat, sprach es sich ausdrücklich gegen eine Bestrafung aus. Es folgte damit dem Antrag der Staatsanwaltschaft.

Siemers hatte im Mai 1944 die Aufgabe, die Erschießung von jüdischen Menschen in einem Barackenlager „abzusichern“. Siemers selbst zu dem, was geschah: „Ich habe nicht gewußt, was im Lager geschah. Als ich Schüsse hörte, ging ich hinein. Da sah ich die lange Kette nackter Menschen, die in eine Grube steigen mußten. Sie wurden dort von fünf Uniformierten erschossen.“ Siemers sorgte dafür, daß sie das im Schutz seiner Sicherungsmaßnahmen auch weiterhin ungestört tun konnten.

Wie begründet das Gericht seine unglaubliche Entscheidung, einen Menschen, den es selbst der Beihilfe zu einem Massenmord für schuldig erklärt, nicht zu bestrafen? Zum Beispiel damit, daß Siemers sich „an die Grenzen seines Befehls“ gehalten habe. Dieser Befehl, den er erhalten habe, stammte, so das Gericht weiter, außerdem nicht von irgendjemandem, „sondern dahinter stand der Ausrottungswille der Mordmaschinerie des gesamten nationalsozialistischen Regimes.“ Eine Begründung, mit der im übrigen praktisch alle NS-Mörder freizusprechen wären. Denn hinter wem stand nicht die „Mordmaschinerie“ des NS-Regimes? Besonders zynisch ist der Teil der Begründung des Gerichts, in dem Siemers zu Gute gehalten wird, daß er sich deutlich vom Geschehen „distanziert“ habe!

Siemers, heute 71 Jahre alt, ist übrigens nach dem Ende des NS-Regimes in Hamburg Leiter der Polizeischule gewesen.

Die 'ran-Aktion „Mach meinen Kumpel nicht an“ wurde von der Dortmunder Jugend der IG Bau positiv aufgegriffen. Nach einem Informationsstand in der Dortmunder Innenstadt, mietete der Bezirksverband der IG BSE Dortmund eine Werbetafel im Dortmunder Norden nahe FAP-Büro.

Die Malaktion fand am 6. 10. 85 mit ca 25 ausländischen und deutschen Jugendlichen statt. Die Plakataktion wurde von ca. 20 türkischen Anwohnern aufmerksam verfolgt. Deutsche Anwohner bekundeten ihre Solidarität mit ihrer Unterschrift. Es war eine gelungene Aktion.

IG Bau

Gegen Bunkerbau

Auf Antrag des Bezirks Nordrhein hat der Gewerkschaftstag der IG Bau Steine Erden unter anderem auch eine Stellungnahme gegen die Pläne der Bundesregierung über den Bunkerbau beschlossen. Wir veröffentlichen im folgenden den Wortlaut des Antrags.

„Der Landesverbandstag 9 ist besorgt über die Absicht der Bundesregierung, zukünftig mit Hilfe von sogenannten Schutzraumbau (Luftschutzbunker) die Baukonjunktur zu beleben. Wir halten diesen Weg für gefährlich und falsch.“

1. Im Kriegsfall gibt es keinen Schutz der Zivilbevölkerung. Auf Ziele der Bundesrepublik gerichtete Mittelstreckenraketen haben eine Flugzeit von weniger als Minuten. Mögliche Vorwarnzeiten sind so kurz, daß nur wenige Menschen überhaupt Schutzräume aufsuchen können. Mögliche Überlebende treffen eine auf Jahre hinaus verseuchte Umwelt an. Die Überlebenden werden die Toten beneiden. Schutzraumbau ist Verharmlosung der wirklichen Gefahren.

2. Schutzraumbau verteuert die Baukosten und fördert nicht, sondern er-

schwert die Bautätigkeit. Private Investoren werden — wenn sie den Schutzraum selbst finanzieren müssen — geradezu daran gehindert, Baumaßnahmen zu treffen.

3. Schutzraumbau aus öffentlichen Mitteln finanziert, vermindert oder verhindert öffentliche Investitionen im Bereich des Umweltschutzes. Jede Mark, die im Schutzraumbau eingesetzt wird, fehlt beim Umweltschutz.

4. Die IG Bau Steine Erden ist rechtlich und organisatorisch nicht in der Lage, zur Verweigerung von Schutzraumbau aufzurufen. Sie fühlt sich aber verpflichtet, alle Beteiligten davor zu warnen, im Schutzraumbau eine Möglichkeit zu sehen, zur Sicherheit der Bürger beizutragen.

Bei kriegerischen Auseinandersetzungen ist die Gefahr besonders für die Zivilbevölkerung der Bundesrepublik so groß, daß jede Verharmlosung dieser Gefahr schlimme Folgen haben kann.

Wir wollen bauen für eine bessere, für eine saubere, für eine lebenswertere Umwelt, wir wollen nicht bauen für einen möglichen Krieg.“

Deutsche Bank und BfG

Konten der MLPD gekündigt

Am 25. 9. 85 kündigte die Deutsche Bank AG ohne vorherige Ankündigung und fristlos sämtliche bei ihr bestehenden Geschäftskonten der MLPD. Begründet wurde dieser Schritt mit der „werblichen Verwendung“ des Namens der Deutschen Bank auf Flugblättern der MLPD. Die „Werbung“ der MLPD bestand in der üblichen Kontoangabe in ihren Publikationen.

Die Anwälte der MLPD wiesen die Kontokündigung als „Anmaßung“ und als Versuch „Einfluß auf die politische Tätigkeit“ der MLPD zu nehmen, zurück. Daraufhin berief sich die Deutsche Bank nur noch auf die Allgemeinen Geschäftsbedingungen. Bei der Kontokündigung aber blieb es.

Daraufhin eröffnete die MLPD ein Konto bei der „Bank für Gemeinwirtschaft“. Das war am 30. 9. 85. Am 3. Oktober kündigte die BfG das Konto wieder. In einem Schreiben an die MLPD hieß es: „Wir bitten, von der Ihnen genannten Kontonummer keinen Gebrauch zu machen.“ Auch die BfG berief sich auf die

Allgemeinen Geschäftsbedingungen. Die „taz“ wollte es genauer wissen und fragte beim Vorstandssekretariat der BfG in Frankfurt nach. Dort erläuterte ein Herr Ziegler der taz, wann Geschäftsbeziehungen abgebrochen werden: wenn es sich nämlich „um verbotene Gruppierungen handelt oder generell ein Kunde dem geschäftspolitischen Interesse der Bank widerspricht.“ Von dem konkreten Fall MLPD wußte er selbstverständlich nichts. Der taz war allerdings in Essen, wo das MLPD-Konto besteht, erklärt worden, daß die Entscheidung auf höchster Ebene in Frankfurt getroffen worden war.

Es ist offensichtlich, daß hier aus politischen Gründen versucht wird, der Geschäftsfähigkeit — und damit auch der Handlungsfähigkeit — einer politischen Partei ganz erhebliche Steine in den Weg zu legen. Ein Vorgang, der in dieser Form übrigens neu ist in der BRD. Diese Maßnahmen der Deutschen Bank und der BfG dürfen auf gar keinen Fall hingenommen werden.

Solidarität mit der PLO!

Wir dokumentieren hier zwei Stellungnahmen der PLO, die vor dem Piratenakt der USA abgegeben wurden. Wir denken, daß es notwendig ist, die PLO selbst zu Wort kommen zu lassen, weil sie das Opfer einer üblen Kampagne werden soll. Zu vor drucken wir noch einige westdeutsche Pressestimmen zur Flugzeugentführung durch US-Kampfflugzeuge. Kritik? — Keineswegs, sogar die „Süddeutsche Zeitung“ spricht von einer Aktion der „nach dem Völkerrecht einige Schönheitsfehler anhaften mögen.“ Hier einige Zitate:

„Die Nacht, in der Amerika das Leben auf unserer Welt wieder lebenswert machte!“ (Springers BZ)

„Die anständigen Menschen rund um den Globus können aufatmen. Die Bedeutung der Aktion, deren

militärische Präzision bestach, lag in dem Entschluß zu handeln, ohne Zaudern getroffen von einem Mann, für den Gut oder Böse noch keine intellektuelle Auslegungsfrage ist — im Gegensatz zu so manchen Hasenfüßen in Europa. Wie so oft in der Präsidentschaft Reagans paarte sich Mut mit Fortune (...) Die freie Welt kann glücklich sein, daß dieser Mann an der Spitze ihrer mächtigsten Nation steht.“ (Die Welt)

„Alle rechtlich denkenden Menschen werden diesmal dem Eingreifen der USA zustimmen müssen. (...) Daß die USA die Verbrecher nicht ungestraft davongelassen wollten, ist ihr gutes Recht, auch wenn der Aktion nach dem Völkerrecht einige Schönheitsfehler anhaften mögen.“ (Süddeutsche Zeitung)

„Es geht nicht um einen Sieg“

ZDF-Interview mit Yassir Arafat zum Ende der Entführung der „Achille Lauro“

Frage: Wie kam es zur Entlassung der Geiseln?

Arafat: Sehen Sie, in dem Moment, in dem wir eine Nachricht von unseren engen Freunden, der italienischen Regierung bekamen, haben wir sofort eine hochkarätige Delegation nach Kairo geschickt, um vor Ort mit den Italienern und Ägyptern zusammenzuarbeiten. Und bei dieser Zusammenarbeit, für die wir den Ägyptern dankbar sind, hatten wir Erfolg.

Frage: Reklamieren Sie den Erfolg für sich?

Arafat: Es geht nicht um einen Sieg. Das Wichtigste für uns ist, daß wir es geschafft haben, die Geiseln zu retten. Für mich ist das wichtiger als alles andere.

Frage: Es gibt Spekulationen, die PLO könnte das Ganze selbst angestiftet haben, um gut dazustehen?

Arafat: Ich bedauere es,

solche Gerüchte von Ihnen zu hören. Sie sollten fair sein und mir nicht solch eine Frage stellen. Danke.

Frage: Welchen Effekt wird diese Geiselnahme auf die Lage im Nahen Osten, auf den Friedensprozeß haben?

Arafat: Was für den Friedensprozeß wichtig ist, ist die Beendigung jeglicher Gewalt. Und wir müssen daran erinnern, daß es vor einigen Tagen einen Attentatsversuch auf mich gab von israelischen Flugzeugen. Es war ein amerikanisch-israelischer Versuch, ein amerikanisch-israelischer Überfall auf meinen privaten Wohnsitz, um den Vorsitzenden der PLO zu ermorden. Und der ist einer von beiden, die ein palästinensisch-jordanisches Abkommen unterzeichnet hatten, um Frieden im Nahen Osten zu erreichen

Presseerklärung

(Bonn, 8. Okt. 1985) Am 7. Oktober wurde das Kreuzfahrtschiff „Achille Lauro“ mit 454 Menschen an Bord in die Gewalt bewaffneter Entführer gebracht.

Ich erkläre, daß die PLO diese Geiselnahme schärfstens verurteilt und betone sehr deutlich, daß diese Aktion nur der israelischen Politik dienen kann, die darin einen weiteren Vorwand finden wird, um neue mörderische Angriffe gegen PLO-Institutionen wie dem Anführer auf das Hauptquartier von Yasser Arafat in Tunis durchzuführen.

Aber auch erfolgte oder drohende israelische Angriffe haben die PLO-Führung und vor allem Yasser Arafat nicht von der Hoffnung auf eine friedliche Lösung abgebracht. Die PLO-Führung hat sofortige Maßnahmen ergriffen, um die Befreiung der entführten Menschen zu erwirken. Die PLO hat einen Krisenstab gebildet und ein Mitglied des Zentralkomitees von Al-Fatah nach Kairo und Port Said entsandt, um in Koordination mit den ägyptischen Behörden Druck auf die Entführer auszuüben, keine Gewalttaten zu begehen und die entführten Menschen freizugeben.

Die PLO hat auch Kontakte zu allen betroffenen Regierungen aufgenommen, darunter die deutsche und die italienische, um das Geiseldrama friedlich zu beenden.

Wir sind der Meinung, daß weder solche Aktionen noch israelische Luftangriffe dem Frieden im Nahen Osten förderlich sind. Aus diesem Grunde sind alle Staaten der Welt aufgerufen, den Prozeß des Friedens im Nahen Osten intensiver zu unterstützen und die Region nicht den Aktionen und Reaktionen der Gewalt zu überlassen.

Abdalla Frangi, Vertreter der PLO bei der Liga der arabischen Staaten in Bonn

Geheimdiplomatie — Putschversuch — Drohungen

Druck der USA gegen Contadora

Kolumbien, Venezuela, Panama und Mexiko — die sogenannten Contadora-Staaten — bemühen sich seit langem, zu einem Friedensabkommen in Mittelamerika zu kommen. Schon zweimal war es soweit, daß Nicaragua sein Einverständnis zu einem Plan gegeben hat, die anderen Nachbarstaaten sich aber auf Druck der USA weigerten zu unterschreiben. Auch in diesen Tagen versuchen die USA wieder ein solches Abkommen zu sabotieren.

Seit dem neuerliche Verhandlungen in ein konkretes Stadium getreten sind und Nicaragua „grünes Licht“ signalisierte, sind die US-Politiker in der Region sehr aktiv geworden.

Eine Delegation des Nationalen Sicherheitsrates der USA hat in der letzten Zeit alle Länder Mittelamerikas mit Ausnahme Nicaraguas besucht. Ursprünglich waren die meisten Staaten bereit, ein Abkommen zu unterzeichnen, daß den Abzug aller fremden Truppen und Militärberater aus der Region, der Einstellung aller Militärmanöver und das Ende jeder Unterstützung für „subversive Kräfte“ vorsah.

Nach der Reise der hohen US-Politiker hat sich die Situation wiederum gewandelt. Nur noch Kolumbien hält an seiner Haltung fest, die anderen Staaten fordern nun auf einmal, wie die USA selbst, von Nicaragua einen „Nationalen Dialog“, also Gespräche mit der von den USA finanzierten Contra-Einheiten. Diese Forderung hat Nicaragua immer abgelehnt mit dem Hinweis,

daß die Contra nur wegen der US-Hilfe überhaupt noch bestehe und deshalb auch nur mit den USA zu reden wäre.

Überraschend ist bei diesem „Meinungswechsel“ der Contadora-Staaten vor allem der Fall Mexiko. Ganz bestimmt war hier, nach der katastrophalen Lage nach dem Erdbeben auch wirtschaftliche Erpressung seitens der USA im Spiel.

In die Offensive der Geheimdiplomatie des US-Sicherheitsrates paßt auch eine Meldung aus Panama, worin der Oberbefehlshaber der panamaischen Armee, die USA beschuldigt, über ihren Botschafter und Vertreter des States Department in einen Putschplan verwickelt zu sein, der vorige Woche aufgedeckt wurde.

Der Plan, so verlautete aus Panama, stehe im Zusammenhang mit einer „regionalen Operation, mit der die Contadora-Gruppe ausgeschaltet und zum Scheitern gebracht werden soll.“

Parallel zu den Contadora-Verhandlungen fand ein Treffen von US-Außenminister Shultz mit den Außenministern der Nach-

barstaaten Nicaraguas, Honduras, El Salvador und Costa Rica statt. Hier wurde gefordert, die Staaten Ecuador und die Dominikanische Republik in die „Contadora-Unterstützergruppe“ aufzunehmen, die von Brasilien, Peru, Argentinien und Uruguay gebildet wird. Ecuador hat sich schon „qualifiziert“. Der Präsident Ecuadors, Febres, hat erklärt, seine Regierung werde „notwendige Gesichtspunkte“ in die Verhandlungen einbringen, die ein „neues Herangehen“ ermöglichen. Er forderte die erneute Abhaltung von Wahlen in Nicaragua. „Solange keine legitimen Wahlen stattfinden, durch die das ganze Volk das Recht zur Selbstbestimmung erhält, wird in Mittelamerika eine Feuersbrunst lodern“, meinte Febres. Originalton Washington aus Quito, der Hauptstadt Ecuadors. Die gesamten Operationen der USA sind ein Versuch, nach der militärischen Bedrohung Nicaraguas durch seine Truppen in Honduras und durch die Verbrechen der Contra jetzt auch politisch einen engen Belagerungsring um Nicaragua zu bilden.

Tory-Parteitag in Blackpool

Thatchers harte Linie

Unter dem Eindruck der schweren Kämpfe in den armen Stadtteilen einiger britischer Großstädte fand in der vergangenen Woche der 101. Parteitag der regierenden konservativen Partei statt. „Augen zu und durch“, so kommentierten verschiedenste Zeitungen die Politik, die die Thatcher-Partei als Perspektive entwickelt hat.

Unter dem Eindruck des Anschlags der IRA beim letzten Parteitag fand das diesjährige Treffen praktisch in einer belagerten Stadt statt. Das Konferenzzentrum war hermetisch abgeriegelt, Hubschrauber flogen über der Stadt, die Marine lag einsatzbereit vor der Küste.

Nach den Unruhen in Birmingham, in Brixton und Tottenham, die auch während des Parteitages noch anhielten, wurde der Ruf nach „Law and Order“ nach Recht und Ordnung laut. Die heftigen Krawalle in den Städten, die nach Überfällen der Polizei auf schwarze Bewohner der Vorstädte ausbrachen, sprach Regierungschefin Thatcher von „Verbrechen, die sich als sozialer Protest geben“. Nicht Arbeitslosigkeit und soziale Probleme seien für die jüngsten Straßenkämpfe in Birmingham und London verantwortlich, sondern die „reine Zerstörungslust“ der Beteiligten. Thatcher beklagte den Verfall „der natürlichen Autorität von Familie,

Kirche und Schule“ und natürlich auch die politische Indoktrination durch die Linken im Lande. Der konservativen Partei komme nun die „einzigartige Verantwortung“ zu, „die Herrschaft des Gesetzes selbst zu sichern“. Wie das geschehen soll, dafür gab es auch Rezepte: Mehr Polizei, mehr Bewaffnung für die Polizei, schärfere Gesetze.

„Wir haben sorgfältig darüber nachgedacht, wie mit diesen Krawallen umzugehen ist“, sagte Innenminister Hurd und stellte fest, die Polizei habe zu wenig „geeignete Mittel“. Darum soll sie jetzt noch mehr mit Schusswaffen, mit Plastikgeschossen und Wasserwerfern ausgerüstet werden. Das Bild vom „lieben Bobby“ stimmt schon lange nicht mehr, die neue Aufrüstung wird die Polizei aber im wahrsten Sinne des Wortes noch schlagkräftiger machen. Ein neues Gesetz soll zukünftig allein das Tragen von Schusswaffen mit bis zu lebenslanger Haftstrafe bedrohen, ein

neuer Strafbestand soll auf diejenigen angewandt werden, „die Mitbürger ängstigen oder einschüchtern“.

Die vier Millionen Arbeitslosen in England kamen nur am Rande vor. Ein Redner auf dem Parteitag: „Die Wahrheit ist, daß viele Jugendliche ihren Arsch einfach nicht hochkriegen und gar nicht arbeiten wollen.“ Diese Aussage paßt in die Losung, die der neue Parteichef ausgab: „Get on your bike...“ „Schwing dich auf dein Fahrrad und such dir einen Job“. So einfach ist das. Regierungschefin Thatcher hatte schon vor dem Parteitag die Marschroute deutlich gemacht, als sie den Medien vorwarf, sie sollten nicht immer wie „moaning minniers“ wie Jammerlappen über die vielen Arbeitslosen klagen, sondern sich auf die 80 Prozent der Bevölkerung konzentrieren, die Arbeit hätten.

Das war's dann auch schon vom Torie-Parteitag. Außenpolitisch äußerte sich Frau Thatcher nur einmal. Zu den bevorstehenden Genfer Verhandlungen sagte sie, „könnte der Westen keinen besseren und tapfereren Champion haben“ als — na, wen wohl? — ihr Idol, Ronald Reagan.

Südafrika

Originalton F. J. Strauß



Franz Josef Strauß hat sich die Mühe gemacht, eigenhändig einen Artikel zu Südafrika zu schreiben. Im „Handelsblatt“ vom 25. 9. macht er für alles Schlechte die „Welle von Gewalt“ — durch die Protestierenden natürlich — verantwortlich, spricht sich gegen das Prinzip „One man — one vote“ aus, beschuldigt Moskau, hinter allem zu stehen und gibt ein klares Bekenntnis zur Regierung des Massenmörders Botha ab. Hier einige Zitate:

„Die aktuelle Welle von Gewalt und Mord soll den Weg der friedlichen Lösung der vielschichtigen Probleme Südafrikas ungangbar machen. Diesen Weg hat Staatspräsident Botha gegen heftigen Widerstand in seiner eigenen Partei und bei Teilen der weißen Bevölkerung des Landes konsequent beschritten (...) Die politische Apartheid kann nicht durch rasche Einführung des Systems „one man — one vote“ bewältigt werden. (...) Für die Republik Südafrika gilt, daß eine aufgezwungene Formalgleichheit weder der Gerechtigkeit noch der Freiheit dient, sondern dem Chaos den Weg bahnt und so die mühsam von allen Bevölkerungsgruppen, auch den Schwarzen erworbenen zivilisatorischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften in kurzer Zeit zerstören würde. (...) Wenn es Moskau gelänge, die für die freie Welt wichtigen, für Westeuropa unentbehrlichen und für die Bundesrepublik existenznotwendigen Rohstoffvorräte im südlichen Afrika unter seine Kontrolle zu bringen, wäre es der wirkliche Herr in Europa — ohne einen Schuß abzugeben. (...) Aufgabe einer dem Frieden und der Freiheit verpflichteten westlichen, europäischen und deutschen Politik kann es daher nur sein, die gegenwärtige Regierung Südafrikas mit Staatspräsident Botha an der Spitze zur Fortsetzung einer mutigen und gegen starke innenpolitische und innerparteiliche Widerstände vorangetriebenen Politik aufzufordern und dafür nachhaltige Unterstützung zu geben.“

Alle Zitate aus „Handelsblatt“, Mittwoch, 25. 9. 1985, Seite 13.

Brennpunkt Zentralamerika

I
Die Lage in El Salvador

II

Entstehung des Lagers La Virtud und eines weiteren Lagers sowie die örtliche Situation

III

Organisationsbeschreibung des Lagers

- demokratische Lagerleitung;
- Ernährung;
- medizinische Situation;
- Werkstätten;
- Wachsysteme und Sicherheitsprobleme;
- Erziehung.

IV

Militärdruck von außen durch die honduranischen Militärs

V

Vergleich zu hier — Selbstbewußtsein der Flüchtlinge

- Einschätzung der Politik der ACNUR;
- befreites Gebiet?

VI

Aktuell

Aus: Lateinamerika-Nachrichten vom Oktober 1985

Die Lage in El Salvador

Dieser Bericht entstand nach einem Besuch im Lager Mesa Grande bei San Marcos in Honduras am 24./25.7.1985. Das Lager ist ein „campamento“ (Lager) für salvadorianische Flüchtlinge unter Aufsicht der ACNUR (UNHCR) UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge. Der Bericht basiert auf Gesprächen mit Michael Hein — einem Mitarbeiter von Caritas, zuständig für Erziehung, mit Vertretern der gewählten Lagerleitung, mit einer älteren Flüchtlingsfrau, mit zwei am gleichen Tag angekommenen neuen Flüchtlingen und den Gesprächen mit Attilio — vom Lagerkomitee — der uns geführt hat und die einzelnen Einrichtungen erklärt hat.

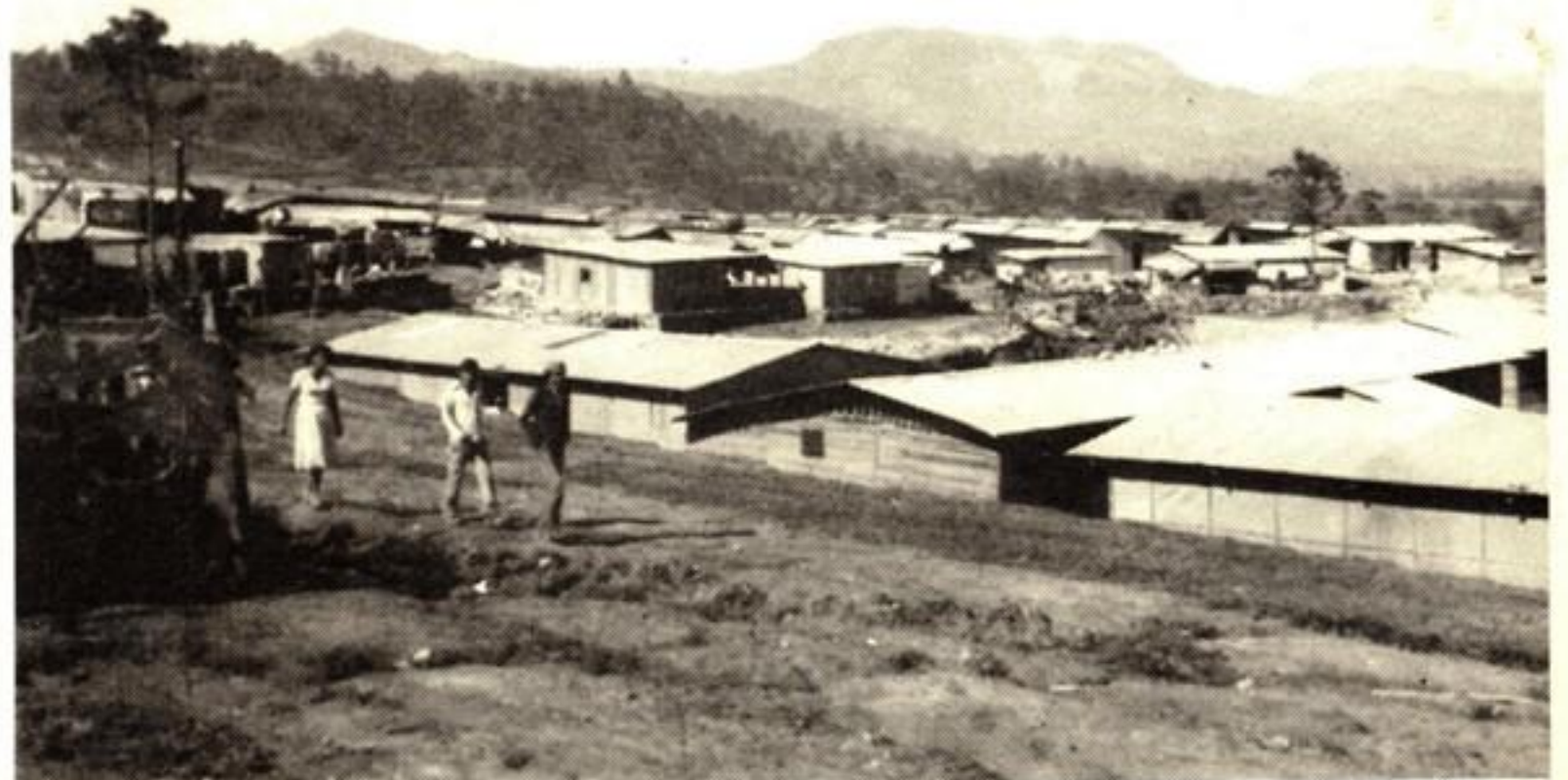
Die Lager der UNO — es existieren welche für Flüchtlinge aus El Salvador, Guatemala und Nicaragua — werden von der hondurenschen Regierung nur geduldet. Besonders bei den guatemalteken und salvadorianischen Lagern werden die Flüchtlinge aufs massivste

von den hondurenschen Militärs bedroht. Honduras will sich Menschen, die sich für die Befreiung ihrer Heimat von Terrorregimes einsetzen, (El Salvador, Guatemala) vom Hals halten, da sie befürchten müssen, auch von der eigenen Bevölkerung gestürzt zu werden.

In El Salvador herrscht im Moment ein unerklärter Krieg. Unter dem Vorwand, die FMLN (vereinigte Befreiungsfront für El Salvador) zu vernichten, ist die Regierung seit 1978 dazu übergegangen, Gegenden und Dörfer in allen Teilen Salvadors bombardieren zu lassen. Die Armee benutzt dabei auch chemische Waffen. Für deren Anwendung existieren Beweise, Fotos und Verletzungen von *campesinos* durch Napalm und Phosphor. Für die Bauern — früher nur in den Grenzregionen, jetzt auch in den Zentralregionen — besteht keine Möglichkeit mehr zu säen, Feldarbeit zu verrichten und zu ernten. Vorhandene Vorräte werden von der Armee bewußt vernich-

Bericht über den Besuch eines Flüchtlingslagers für Salvadoreños in Mesa Grande, San Marcos in Honduras

Von Christian Vordemfelde



Eine Teilansicht des Lagers

tet um — wie sie sagen — der FMLN das Wasser abzugraben. In die von der FMLN kontrollierten Gebiete finden immer wieder Invasionen der Armee statt, mit Entführungen und Verhaftungen der Zivilbevölkerung und aller Menschen, die der Zusammenarbeit mit der FMLN verdächtigt werden. Einer der Flüchtlinge erzählte, daß in seinem Dorf im Dep. Calatenango kurz vor seiner Flucht bei einer Invasion am 1. Juli 15 Personen festgenommen wurden — auch Frauen und Kinder — von denen niemand mehr aufgetaucht ist.

Daß Menschen verschwinden, gehört zum Alltag. Es genügt der geringste Verdacht, die geringste Denunziation und schon verhaftet die Armee, entführen und ermorden die paramilitärischen Hilstruppen der Armee.

Ähnliche Berichte über Bombardierungen, Verhaftungen und Massaker hörten wir von den Departements Cascatlan, San Vicente, Cavanía und Morazan, d.h. alle Grenzdepartements und inzwischen auch zentralgelegene Departements. Wie die geflohenen *campesinos* (Kleinbauern, Landbevölkerung) berichteten, gilt dies inzwischen auch für die Viertel der Städte. Auch hier finden „Invasionen“, Entführungen, Bombardierungen und Ermordungen statt. Allein in San Salvador sind sieben *Padres* (Pfarrer) umgebracht worden, sowie Bischof Oscar Romero und Alfonso Navarro. An dem offenen Terror beteiligt sich als erstes die Armee, die Sicherheitspolizei und der Geheimdienst. Noch viel unkalkulierbarer sind aber die Aktionen der Todeskommandos — zusammengesetzt aus Militär- und Polizeiangehörigen in Zivil — und von ORDEN, einem legalisierten Todeschwadron.

Die Frage unseres Begleiters Attilio, ob sie — die neuen Flüchtlinge — El Salvador wegen der FMLN verlassen hätten, beantworteten sie eindeutig mit nein. Die FMLN hat ihnen nur geholfen. Da ihnen durch den Terror der Regierungsstrei-

kräfte aber jede Lebensgrundlage entzogen ist, mußten sie fliehen. El Salvador besitzt eine relativ entwickelte Industrie im Vergleich zu den umliegenden Staaten. Die Arbeiter, die Repressionen ausgesetzt waren und sind, haben sich teilweise in Schutzlagern der Kirchen in den Städten geflüchtet. Die Arbeit der FMLN — nach Aussagen von Menschen aus den Lagern — wird zur Zeit wieder verstärkt politisiert, nachdem eine Zeitlang der militärische Kampf im Vordergrund gestanden war. Es scheint im Moment sehr wichtig, die *campesinos* in den kontrollierten Gebieten, die Flüchtlinge in den Lagern und die Bevölkerung der Städte nach den militärischen Erfolgen der FMLN von der politischen Notwendigkeit des Sturzes des Regimes zu überzeugen, und

ihnen angesichts des Terrors wieder Mut zu machen.

Die Flüchtlinge erklärten uns mehrfach, daß sie nicht bereit sind, nach El Salvador unter den dort herrschenden Bedingungen zurückzukehren. Sie wollen und werden zurückkehren, wenn Menschenrechte, Rechte für die Armen respektiert werden, wenn sie nicht mehr — wie sie sagen — den Reichen ihre Arbeit schenken müssen, wenn ihr Leben gesichert und nicht mehr bedroht ist.

Die FMLN bietet der Regierung schon länger einen Dialog an, die Kirche unterstützt dies, aber die Regierung lehnt unter fadenscheinigen Argumenten ab. Ohne diesen Dialog wird aber keine Entwicklung möglich sein.

II

Flucht aus El Salvador und der Aufbau der Lager

Alle Flüchtlinge, mit denen wir sprachen, konnten bei der Flucht nur das nackte Leben retten. Haus, Kleider und andere Besitztümer mußten sie zurücklassen oder sie waren schon zerstört durch Überfälle der salvadorianischen Militärs. Der Fluchtweg kann nur durch umkämpfte Gebiete führen. Den Militärs Salvadors oder Honduras in die Hände zu fallen, bedeutet Tod oder Verschleppung.

Aus diesem Grund ist die FMLN seit langem dazu übergegangen, den „Exodus“ zumindest größerer Gruppen zu beschützen, und sie bis an die Grenze Honduras zu begleiten. Nur an zwei Stellen ist die Flucht über den Grenzfluß möglich, wobei die Flüchtlinge Gefahr laufen, von der salvadorianischen Armee in den Fluß getrieben und ermordet zu werden oder von der hondurenschen Armee mit Waffengewalt zurückgetrieben zu werden. An den Übergängen gab es 1980 und 1981 Massaker, an denen

die Armeen beider Länder beteiligt waren. Wenn es den Flüchtlingen gelungen ist, über den Fluß zu kommen, müssen sie sich in den Grenzorten an den Vertreter der ACNUR wenden, erst dann befinden sie sich in relativer Sicherheit.

Das erste Lager — La Virtud — entwickelte sich 1979 in der Nähe dieser Flußübergänge. Dieses Lager entstand in guter Zusammenarbeit mit den am Fluß wohnenden hondurenschen *campesinos*, die sich mit den Flüchtlingen solidarisierten. Es war nicht der absoluten Ausgangssperre unterworfen, die jetzt für die Flüchtlingslager in Honduras gilt. Es war aber auch nicht geschützt durch Honduras vor direkten Übergriffen und Entführungen durch die salvadorianische Armee. Im Gegenteil — es stellte sich immer mehr heraus und wirkt sich auch heute immer wieder aus, daß die Regierungen und Armeen genau auf diesem Gebiet zusammenarbeiten. Internationalisten und Journalisten



Salvadorianisches Flüchtlingskind



Unterkünfte im Lager

konnten in La Virtud mehrere versuchte Entführungen durch paramilitärische Kräfte aus El Salvador verhindern.

Das Lager La Virtud war für die hondurensischen, die salvadorischen Regierungen und die USA permanent ein Reizpunkt, da sie vermuteten, daß Kämpfer der FMLN ins Lager kamen, um sich auszuruhen. Außerdem wollten sie Zeugen für die militärischen Bündnisse zwischen den Militärs aus dem Grenzgebiet entfernen.

Unter Mitwirkung und Beratung durch US-Militärs und Botschaftsangehörigen aus Tegucigalpa wurde das Lager La Virtud 1980 gewaltsam durch Armee und Paramilitärs umgesiedelt. Die meisten Flüchtlinge wurden nach Mesa Grande gebracht. Mesa Grande bei San Marcos liegt ca. 30 km Luftlinie entfernt von der salvadorianischen Grenze auf 1300 m Höhe. Die Flüchtlinge kommen aus dem tiefliegenden Salvador, d.h. sie sind die Kälte, den Regen und den Winter in

Mesa Grande absolut nicht gewöhnt.

Mesa Grande erreicht man mit dem Auto schlecht. Von der großen Straße, der Panamericana bis San Marcos führen ca. acht Kilometer schlechte Schotterpiste, die letzten sechs Kilometer sind in noch unbefahrbarem Zustand.

Anmerkung: Die zwei anderen Lager für salvadorische Flüchtlinge San Antonio und Colomocagua liegen östlicher und näher an der Grenze. Die Straßen dorthin sind nur Schotterpisten, was für 100 km Wegstrecke schon 4–5 Stunden Fahrzeit bedeuten kann. (Dies nur, um sich die Versorgungsschwierigkeiten etwas vorstellen zu können.)

Das Lager Mesa Grande — mit sieben Teillagern — liegt auf zwei entwaldeten Bergrücken die — durch Regenfälle langsam verkarsten. Als erste Teillager entstanden 1980 die höhergelegenen Bebauungen Lager 1 und 2, dann zeitlich versetzt weiter unten die Lager 3–7.

Anfangs war nichts bebaut, als

die Flüchtlinge kamen — keine Hütten, keine Wasserstellen, keine Klos und keine Infrastruktur. Sie wohnten zuerst in Zelten, die ihnen von der ACNUR zur Verfügung gestellt wurden. Dann begannen sie, aus Material von den Hilfsorganisationen sich Hütten zu bauen und langsam ein Lagerleben zu organisieren. Dazu später.

1981 kam der Großteil der Flüchtlinge an. 1983 kamen 1400 neue, 1984 1500, 1985 bis Mitte Juli 537. Damit leben nach dem aktuellen Stand 12000 Flüchtlinge hier.

Der allergrößte Teil von ihnen sind *campesinos*. Anfangs, 1980 bis 1984 kamen mehr Mütter, Kinder und alte Menschen. Jetzt treffen auch mehr junge Männer und Frauen ein, die möglicherweise auch schon bei der FMLN gekämpft hatten — und Familienväter, die der Unterdrückung und Zerstörung in El Salvador nicht mehr standhalten können. Manchmal haben sich ganze Dorfbevölkerungen wiedergefunden, aus Dörfern, die total zerstört und entvölkert wurden.

III Organisation und Aufbau der Lager

Die Lager stehen unter Oberaufsicht der UNHCR (UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge, spanisch: ACNUR) Die Arbeit weiterer Hilfsorganisationen wie Caritas, *Medicin sans frontières* und andere wird von ACNUR koordiniert. Die zentrale Versorgung mit Lebensmitteln geht von San Pedro Sala im Norden des Landes aus, wo sich im Hafen ein zentrales Großlager befindet. Dies bedeutet, daß die Lebensmittelversorgung sehr direkt von den Verkehrsmöglichkeiten und -verhältnissen abhängig ist.

Von außen kommen ins Lager die „*granos basicos*“ (Reis, Mais, Bohnen, Getreide) ein Teil der Bekleidung und Schuhe, sämtliche Medizin, Holz (aus Honduras) für die Hüttenkonstruktionen und die vielen Dinge des Alltagsbedarfs, die nicht im Lager hergestellt werden können.

Im Lager selbst werden produziert — selbstorganisiert von den Flüchtlingen — sämtliche benötigte Bekleidung, Schuhe (ca. die Hälfte des Bedarfs) Möbel, die Holzkonstruktionen für die Hütten und die anderen Gebäude und Blechgefäße. Auf eigenen Feldern und Gärten wird der gesamte Gemüsebedarf und etwas Mais geerntet. Weiterhin existiert eine Hühnerzucht und eine Fischzucht zur Ernährungsverbesserung.

Trotzdem herrscht im Lager Mangel- und Fehlernährung vor, was Krankheiten und Arbeitsausfälle begünstigt. Vom 25. Mai bis zum 20. Juni dieses Jahres mußten die Flüchtlinge hungern — 1 *libra* (450 gr) Mais und Bohnen pro Woche und Person — da durch nicht angekündigte Versorgungsengpässe bei der ACNUR fast keine Nahrung mehr ins Lager gelangte. Dieses Problem gab es in der Organisation der ACNUR schon öfter. Den Flüchtlingen war es in diesem Fall auch nicht möglich, sich darauf vorzubereiten, d.h. Vorräte zu rationieren. Die Kinder waren unfähig durch den Hunger zu lernen und sich in der Schule zu konzentrieren. Die Arbeitenden waren sehr geschwächt. Das Lagerkomitee schrieb daraufhin auch einen Brief an das Flüchtlingshochkommissariat in Genf, in dem es auch auf die Gefahren hinwies, die den Flüchtlingen von Seiten der hondurensischen Regierung drohen.

Zur Arbeitsorganisation: Arbeitsmöglichkeiten gibt es auf den wenigen zum Lager gehörenden Feldern, in den Gemüsegärten, in der Hühnerzucht, in sämtlichen Werkstätten, im Gesundheitsbereich, bei der Reinigung der Toiletten des Lagers und in den gemeinsamen Küchen. Auf Beschluß der Frauen gibt es aber nicht für die Familien Gemeinschaftsküchen.

In Colomocagua ist die Hausarbeit anders organisiert. Dort existieren Kollektivküchen, in denen die Frauen jeweils nur zwei Tage in der Woche arbeiten und sich in der restlichen Zeit ausbilden können, oder in anderen Bereichen arbeiten können. 300 Flüchtlinge arbeiten im Moment auf dem Feld oder in den Gemüsegärten. Die verschiedenen Werkstätten sind folgendermaßen organisiert. Für jeden Arbeitsbereich existiert auch ein Lehrbereich. Beispielsweise werden in der Schneiderwerkstatt im Moment für drei Monate Dauer 50 Leute in Früh- und Spätschicht zu Schneidern ausgebildet. In der Schreinerwerkstatt ähnlich viele. Hier dauert die Ausbildung sechs Monate. Sämtliche Lehrbereiche werden —

teilweise mit geringer Unterstützung der Hilfsorganisationen — von den Flüchtlingen selber organisiert, das heißt neues Wissen und neue Kenntnisse ununterbrochen weiterzugeben. Nach Aussagen aller ist die Lernbegierde groß. Hier — wie an vielen anderen Stellen — verstehen wir, die Besucher: Es wird für ein Leben in der Zukunft gelernt und nicht für ein Leben in den Lagern. Die Werkstätten werden materiell und mit Ausbildung vom „*Catholic Relief Service*“ aus den Vereinigten Staaten unterstützt. Viele Flüchtlinge arbeiten auch in den „*Bodegas*“ (Vorratslager für Ernährung und alle anderen Bedarfsartikel). Für jedes Teillager gibt es mehrere *Bodegas*.

Geld wird im normalen Umgang im Lager nicht benutzt. Besondere Zuteilung von Bedarfsartikeln für Kranke, Schwache und Kinder werden in den Hüttengruppen geklärt und bestimmt.

Zur Erziehung: Auch hier arbeiten die Flüchtlinge selbst als Lehrer, unter der Anleitung von wenigen Caritas-Angestellten unter ihnen auch Internationalisten (d.h. Freiwillige aus anderen Ländern).

Die Alphabetisierung wird in den Lagern massiv betrieben. Ein Großteil der Kinder geht zur Schule — was auch leichter möglich ist, durch das zwangsweise Zusammenleben und die gute Organisation der Arbeit. Auch bei den Erwachsenen wird alphabetisiert. Sie werden nötigenfalls von der Arbeit freigestellt. Als Unterrichtsmethode wird — wie in Nicaragua — die Methode von Paulo Freire angewandt. Ganz grob bedeutet diese Methode:

- den Schülern angepaßter Lehrstoff — d.h. für Bauern muß viel über die Lebensbedingungen auf dem Land diskutiert werden oder auch in diesem Fall ist angepaßter Lehrstoff, über die Zukunft und Geschichte El Salvadors zu diskutieren;
- der Lehrer sollte auch immer der Schüler seiner Schüler sein.

Die Frauen organisieren eine eigene Mütterarbeit, z.B. Mütter, die Kinder verloren haben, deren Kinder verschwunden sind, deren Kinder mit der FMLN für die Befreiung kämpfen bei der Bewältigung ihrer psychischen- und Alltagsprobleme zu helfen, eine Kulturarbeit zu entwickeln, die Mütter bei der Kinder-versorgung und Erziehung zu unterstützen und auch die Volksreligionen weiterzupflegen.

Die demokratische Lagerstruktur: Jeweils die Einwohner von 10 Hütten (120–180 Personen) wählen einen Sprecher. Diese arbeiten in den Lagerkomitees der Teillager und treffen sich wöchentlich.

Vom gesamten Lager wird ein Komitee gewählt — drei Personen aus jedem Teillager, welches Bürgermeisterfunktionen einnimmt und für Kontakte mit den Hilfsorganisationen und anderen Stellen zuständig ist. Alle Belange des Lagers werden in diesem Komitee geklärt.

Wöchentlich finden öffentliche Versammlungen in den Teillagern statt, bei denen alle Probleme vorgebracht werden können.

Schwierigkeiten mit der Disziplin oder Diebstahl existieren nach Aussagen der *Companeros* vom Lagerkomitee fast nicht, und wenn, dann werden sie selber gelöst. Unter keinen Umständen wird dem honduranischen Militär oder der Polizei die Möglichkeit gegeben, sich in Lagerbelange einzumischen. Auch Al-



In den Lagergassen



Eine Autowerkstatt

kohl stellt kein Problem dar, weil er selten oder gar nicht verfügbar ist.

Die Flüchtlinge organisieren ein eigenes Wachsystem, das folgende Aufgaben hat:

- Bewachung der Bodegas und Werkstätten;
- Beobachtung der Militärs vor und im Lager durch Patrouillengänge, um sich vor unerwarteten Übergriffen zu schützen;
- Beobachtung der Lagergrenzen um Kinder davor zu bewahren, den Militärs in die Arme zu laufen und entführt zu werden.

Die Wache wird von den Komitees bestimmt und eingeteilt.

Informationsmöglichkeiten:

Zeitungen gelangen nur wenige ins Lager — durch Besucher oder die Hilfsorganisationen. Sie werden dazu verwendet, Wandzeitungen an den Gemeinschaftsgebäuden zu erstellen. Radios existieren und stellen die einzige Verbindung nach außen dar.

Aus Nicaragua: *Radio Insurreccion*, *Radio Sandino*. Aus El Salvador: *Radio Venceremos*, *Radio America*, *Radio Moskau* u. a. können empfangen werden. Die Nach-

richten werden in aktuellen Stunden für die *Campesinos* weitervermittelt. Fernsehen gibt es nicht.

Medizinische Versorgung: Die medizinische Versorgung wird seit längerem von *Medicin sans frontières* (unabhängige französische Ärzteorganisation, vielleicht vergleichbar mit dem Notärztekomitee) betreut. In jedem Teillager existiert ein Gesundheitsposten und für das Gesamtlager ein kleines Hospital. Dies haben wir nicht besucht und können deswegen keine Beschreibung geben. Nach Aussagen der Flüchtlinge und unseren anderen Gesprächspartnern hat sich die Versorgung in letzter Zeit verschlechtert. Eine Ausbildung für Flüchtlinge zum Gesundheitsarbeiter oder Ersten Helfer wird nicht mehr angeboten (lief bis vor einem Jahr). Weitere Punkte:

- das Zentrum für *Nutricion* (Sonderernährung für Mütter und Kinder) wurde geschlossen — nach Aussagen der Ärzte besteht kein Bedarf mehr, die Probleme wären im Moment nicht gravierend (was nicht stimmen kann, erst im Mai und Juni litt das ganze Lager Hunger!);

- die Ärzte sind äußerst zurückhaltend in der Ausgabe von Medizin und begründen dies nicht mit Arzneimangel (der existiert) sondern damit, daß sie diagnostizieren, die Flüchtlinge hätten hauptsächlich psychosomatische Erkrankungen — was sicher nicht falsch ist, nur bei den Symptomen Unterernährung, Fehlernährung, Erschöpfungszuständen nach der Flucht usw. nicht viel weiterhilft;

- nach Eindruck vieler liegen diese Probleme begründet in der neuen Personalpolitik von *Medicin sans frontières*. Die Ärzte werden in halbjährigem Turnus ausgewechselt, sind unerfahren und wohl mehr für einen „Abenteuer“-Job ausgewählt und nicht vorbereitet auf die politische Lage, die sie antreffen.

Kurz zu den Hilfsorganisationen: Das Lager steht unter der Oberaufsicht von **UNHCR** (ACNUR) UNO-Flüchtlingshochkommissariat in Genf, ebenso die anderen Hilfsorganisationen.

Bei **Caritas** sind im Moment 15 Hondurener und sieben Internationalisten angestellt als feste Mitarbeiter. Caritas zeichnet verantwortlich für

- Erziehungswesen;

- Sozialarbeit;
- Ernährung und Verteilung;
- Lagerhaltung der Grundbedarfsartikel.

Bei **Medicin sans frontières** arbeiten derzeit sechs Ärzte, alles Internationalisten.

Catholic Relief Service ist verantwortlich für die Betreuung der Werkstätten und der Berufsausbildung.

Die Angaben sind unvollständig.

Es arbeiten noch weitere Hilfsorganisationen im Lager — auch hondurenische — von denen wir aber die Zahlen nicht kennen. Der hondurenische Staat gewinnt finanziell an den Lagern, da viele Versorgungsgüter in Honduras eingekauft werden. Honduras selbst zahlt keinen Beitrag für die Lager.

Die Finanzen der Hilfsorganisationen werden auch von der ACNUR koordiniert.

IV

Der militärische Druck von außen

Die Lager besitzen festgelegte Grenzen, die in keinem Fall von den Flüchtlingen überschritten werden dürfen. Es besteht sonst die Gefahr, von den hondurenischen Militärs entführt oder erschossen zu werden. Erst vor kurzem wurde ein Flüchtling — beim Mango Sammeln entführt, für drei Wochen festgehalten und erst auf Druck der ACNUR wieder freigelassen. Während dieser Zeit wurde er verhört und gefoltert — auch direkt in der Wachbaracke der Militärs am Lager. Ein anderer Flüchtling — auf Holzsuche — wurde erschossen.

Die Grenzen dehnen sich nur bedingt auf die Felder und den Verbindungsweg zwischen den Lagern aus, die *Campesinos*, die auf den Feldern arbeiten, müssen monatlich auf Listen beim Militär angemeldet werden. Der Verbindungsweg zwischen Lager 1/2 und den weiter unten gelegenen Lagern 3—7 kann nachts und während großer Militärpräsenz nicht benutzt werden, da auch hier die Gefahr der Entführung besteht.

Die Militärpatrouillen müßten sich beim ACNUR anmelden, wenn sie ins Lager gehen, was sie aber selten befolgen. Der Wachdienst der Flüchtlinge und besonders die Internationalisten versuchen die Patrouille immer zu begleiten, um Übergriffe zu verhindern oder zumindest bezeugen zu können. Die Militärpräsenz in den anderen Lagern, Colomancagua und San Antonio ist noch viel stärker spürbar. Es finden Durchsuchungen durch Spezialeinheiten statt. Neuangekommene Flüchtlinge befinden sich dauern in Gefahr, wieder verschleppt zu werden.

Die Informationsmöglichkeiten über persönliche Angelegenheiten — der Familie, der Lage im Heimatdorf usw. — wird im Moment nur ermöglicht durch die Internationalisten der Hilfsorganisationen, die Briefe raus- und reinbringen können. Post aus den Lagern zu schicken, ist auch aus Geldmangel nicht möglich. Familienbesuche können nur für 24 Stunden beantragt werden und gestalten sich für Familien aus El Salvador nahezu unmöglich, wegen der hohen Reisekosten und des schlechten Wechselkurses. Allein in dieser Funktion

zeigt sich die Notwendigkeit der Internationalisten im Lager. Die Flüchtlinge und die Internationalisten betonen immer wieder, daß die Hilfe, der Schutz und diese Informationsmöglichkeit nach außen ausgenutzt werden müssen, was eben nur möglich ist für Leute, die das Lager verlassen können.

Dem steht im Moment die Personalpolitik der Caritas und anderer Hilfsorganisationen entgegen. Offensichtlich auf Druck der Regierung und des Militärs werden immer mehr Honduraner eingestellt, die dann auch durch Drohungen der Regierungsstellen beeinflusst werden können. Allein in diesem Jahr wurden vier hondurenische Mitarbeiter der Caritas (außerhalb des Lagers) festgenommen, wurden zum Teil eine Woche lang gefoltert und verhört, danach expatriert (die Staatsbürgerschaft wurde ihnen aberkannt) und danach auch leider von der Caritas entlassen. Das bedeutet auch, daß die Mitarbeiter sich nicht mehr auf einen Schutz durch die Caritas verlassen können.

Auch wurde einen Tag vor unserem Besuch ein deutscher Priester endgültig entlassen, der zwei Jahre im Lager mit den Flüchtlingen gearbeitet hatte. Caritas nahm diese Entlassungen wohl auf Druck der Militärs vor. Der Priester mußte auch sofort das Land verlassen, da er offensichtlich gefährdet war, vom Geheimdienst entführt zu werden. An der Geschichte dieser Entlassung kann man auch sehr gut das gestiegene Selbstbewußtsein der Flüchtlinge sehen:

Schon vor zwei Monaten reisten der Bischof aus Tegucigalpa und der Bischof aus St. Rosa (zuständige Diözese für das Lager) extra an, um die Entlassung des Priesters vorzubereiten und gegenüber den Flüchtlingen durchzusetzen. Es war bekannt, daß der Priester hervorragende Arbeit für die Flüchtlinge geleistet hatte und sehr beliebt war.

Die Bischöfe konnten ihre Absicht nicht durchsetzen, mußten sich den Gesprächsbedingungen der Flüchtlinge beugen, konnten einen neuen Priester ihrer Wahl nicht durchsetzen und mußten dann einen vom Lager anerkannten Priester einsetzen.

V

Unser Eindruck

Nach unseren Informationen besitzt die FMLN/FDR im Lager Einfluß — wie groß, konnten wir nicht beurteilen. Es existieren aber sicher konspirative Verbindungswege auf verschiedenen Ebenen. Die politische Kraft und das Selbstbewußtsein der Flüchtlinge schien uns sehr groß zu sein. Verglichen mit der Lage der umlebenden hondurenischen *Campesinos* zeigt sich, daß die Bedingungen in sozialer Hinsicht (Ausbildung, Schule, Gesundheitswesen, Selbstorganisation) in den Lagern besser sind. Die Flüchtlinge sind aber permanent bedroht von

Ernährungsmangel und beschränkt durch eine totale Bewegungsfreiheit außerhalb der Grenzen des Lagers.

Uns wurde an vielen Stellen klar, daß der Lern- und Ausbildungsprozeß in allen Belangen für eine neue eigene Zukunft der Salvadorener und nicht für eine „Zukunft“ in den Lagern geplant und beabsichtigt ist. In unseren persönlichen Diskussionen nach Abschluß der Reise definierten wir das Lager unter Vorbehalt als „befreites“ Gebiet, oder das, was wir uns darunter vorstellen können.



Die Felder des Lagers

Nachdem die konkrete Gefahr für die Lager der „reubicacion“ (Plan, die Lager in den Norden von Honduras zu verlegen)

- durch den entschiedenen Widerstand der Flüchtlinge;
- durch den Widerstand der honduranischen Campesinos in den Gebieten im Norden, wo die neuen Lager geplant waren;
- widersinnigerweise durch den Widerstand von „United Brands“, die dort im Norden ihre großen Bananenplantagen betreiben;

droht den Flüchtlingen im Moment die zwangsweise Repatriierung. Regierungspolitik in Honduras ist im Moment, diese stark zu betreiben. Für Repatriierte in El Salvador fehlt aber alles: Ernährung, Medizin, Häuser, Kleidung usw. und sie begeben sich erneut in die Gefahr, im Bombenhagel zu sterben, entführt oder ermordet zu werden, in eine noch schlechtere Lage, als die, vor der sie geflohen sind. Es zeigt sich immer wieder, daß die Zusammenarbeit des honduranischen mit dem salvadorianischen Geheimdienst hervorragend ist, und irgendwie Verdächtige in Salvador sofort verschwinden.

Die Gefahr, die Colomcagua und San Antonio im Moment droht, ist die Zwangsauflösung und Umsiedlung nach Mesa Grande. Der Zweck, der hier verfolgt wird, ist, die Flüchtlinge von der Grenze wegzubekommen, als Zeugen für Übergriffe der honduranischen Militärs in von der FMLN kontrollierte Gebiete und, um ein besser kontrollierbares Lager zu erhalten.

Die ACNUR nimmt bei diesen Auseinandersetzungen eine passive Rolle ein und tritt in keinem Falle sonderlich für die Interessen der Flüchtlinge ein. Die Rolle der USA und der US-Botschaft in Tegucigalpa ist für die Politik der honduranischen Regierung ausschlaggebend. Erklärtes Interesse Reagans ist es, die FMLN/FDR zu schlagen. In diese Politik reißen sich die Maßnahmen gegen die Lager ein.

Die US-Botschaft besitzt in Tegucigalpa eine personell aufgeblähte Besetzung, verglichen zur Größe und Einwohnerzahl des Landes. Die US-Regierung stuft ihre Botschaften nach Größe des Landes in Kategorien A bis E ein. Für Honduras wäre normal die Einstufung D, mit ca. 70 Botschaftsangehörigen. Die Botschaft in Tegucigalpa hat 300 Angestellte, eingestuft in B, vergleichbar mit Ländern wie Holland oder Belgien. (Honduras hat 2,85 Millionen Einwohner, Holland 14 Millionen).

Honduras, der Stützpunkt der USA, übernimmt immer mehr die Rolle, wie sie Südvietnam einmal hatte. Internationalistische Unterstützung gegen die Interventions- und Einflußpolitik der USA kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Die Zeit unseres Besuches in Honduras und im Lager war sehr kurz. Wir haben versucht, soviel wie möglich zu erfahren, erheben aber von vornherein nicht den Anspruch auf Objektivität.

Der Besuch hat uns tief beeindruckt, und wir danken den Menschen vom Lagerkomitee, die uns viel haben erleben lassen.

Der Autor empfiehlt zur Lage in Honduras und zur Geschichte der salvadorianischen Flüchtlinge das Buch: „Forced to Move“ von Renato Camarda, das leider noch nicht in deutsch erschienen ist. Für Interessierte, die Bestelladresse: Third World Publications 151 Stratford Road Birmingham B11 1 RD England

Honduras

Aus. Lateinamerika-Nachrichten Nr. 141, Oktober 1985

Überfall auf das Lager Colomoncagua

Am Mittwoch, 28. August, gegen 15.00 Uhr drangen rund 100 honduranische Soldaten in das Lager der salvadorianischen Flüchtlinge in Colomoncagua ein. Die Truppen waren tags zuvor eingeflogen worden. Bei dem Überfall wurden ein zwei Monate altes Kind, GLORIA NOEMI BLANCO, und ein 25jähriger Mann namens MANUEL ROMERO getötet.

Zwei Frauen, ESTELA RODRIGUEZ und CONCEPCION GONZALEZ, beide 25 Jahre alt, wurden öffentlich vergewaltigt.

Mehr als 30 Bewohner des Lagers wurden verwundet, etwa 15 gefangen genommen. Alle festgenommenen Flüchtlinge, deren Namen bekannt sind, hatten ordentliche, von der UN-Flüchtlingsorganisation UNHCR ausgestellte Flüchtlingsausweise.

Die Soldaten überfielen Colomoncagua zu einem Zeitpunkt, als der ständige UNHCR-Vertreter

gerade nicht anwesend war. Ein Mitarbeiter einer freiwilligen Hilfsorganisation, der die gefangenen Flüchtlinge begleiten wollte, als sie in Hubschraubern abtransportiert wurden, wurde aus dem Hubschrauber gestoßen, wobei man ihm noch eine Rauchbombe hinterher warf.

Die Gefangenen wurden nach Marcala, Sitz des 10. honduranischen Infanterie-Bataillons, gebracht. Unter den Angreifern sollen sich auch US-Soldaten befunden haben.

Augenzeugen berichteten, daß der Überfall überraschend zustandekam. Vermutlich sollte wohl „nur“ eine Razzia durchgeführt werden. Aber irgend einen höheren Offizier habe dann den Befehl erteilt, schärfer gegen die salvadorianischen Flüchtlinge vorzugehen.

Nachdem die in den Flüchtlingslagern arbeitende Caritas

die Ereignisse sofort im Radio bekanntgab, veröffentlichten die Streitkräfte ein Kommuniqué, in dem behauptet wird, ein außerhalb des Lagers gefangenommener Guerillero haben die Soldaten ins Lager geführt, um dort Personen zu identifizieren, die verhaftet werden sollten. Dabei seien die Soldaten von den Flüchtlingen angegriffen worden.

Die UNHCR-Mitarbeiter(innen) in Honduras sind sofort nach dem Zwischenfall nach Colomoncagua gefahren, ebenso die ausländischen Programm-Mitarbeiter aus dem Lager Mesa Grande. Die US-Botschaft in Tegucigalpa hat unterdessen den UNHCR aufgefordert, keine ausländischen Besucher mehr in die Lager zu lassen. Ausgenommen sollten davon nur die UNHCR- und die Programm-Mitarbeiter sein.

Es wäre sehr wichtig, Briefe an den Präsidenten Suazo Cordova, die US-Botschaft in Tegucigalpa, an den UNHCR in Genf und die UNHCR-Vertretung in Honduras zu schicken, in denen gegen den Überfall und gegen die Zwangsumsiedlung der salvadorianischen Flüchtlinge protestiert wird.

Hier die Adressen:
Dr. Roberto Suazo Córdova
Presidente de la Republica
Casa Presidencial
Tegucigalpa/Honduras
US-Embassy
Tegucigalpa

Poul Hartling
UNHCR
Palais des Nations
CH-1211 Geneve 10

ACNUR
Apdo. 976
Tegucigalpa D.C.

Teile des Generalstabes sind wohl gegen eine Verlegung — und der Fortgang des Krieges in El Salvador.

Danach gefragt, ob den die Verlagerung der Flüchtlinge mit Waffengewalt durchgesetzt werden solle, meinte der Funktionär der US-Botschaft: „Nein, eher durch Behinderung oder Verbot der Versorgung.“

US-Intervention an der Flüchtlingsfront?

Seit dem 14. Mai 1985 sind die Lager von Colomoncagua eingekreist. Die zusätzlichen Truppen, die dazu eingeflogen worden sind, sind sogenannte COBRAS, d.h. von US-Militärberatern ausgebildete Elite-Einheiten.

Im Juni begann die Operation „Torola V“, die bis Anfang Juli dauerte. Nach Berichten aus Colomoncagua fanden dabei sehr starke Bombardierungen statt, wahrscheinlich die stärksten der letzten drei Jahre! Im Einsatz waren dabei die neuen AC 47-Flugzeuge sowie mit computergesteuerten Maschinengewehren bestückte DC 3.

Flüchtlinge berichten, daß Einheiten des salvadorianischen Elite-Bataillons ARCE den Grenzstreifen säuberten, was allgemein mit dem Umstand in Verbindung gebracht wird, daß die Regierung Duarte etwa 400 qkm (des zwischen Honduras und El Salvador umstrittenen Grenzgebietes) an Honduras abgetreten habe.

Die honduranischen COBRAS haben unterdessen an strategischen Stellen — mit guter Einsicht in die Lager — rund um die Siedlung Stellung bezogen. Sie patrouillieren in den Lagern, versuchen dort Fotos von Flüchtlingen zu machen und schießen auch schon mal mit Leuchtraketen, Rauchbomben und mit ihren automatischen Waffen in der Gegend herum.

Ende Juni/Anfang Juli gab es hohen Besuch in den Lagern von Colomoncagua — und gleichzeitig eine Kampagne in der honduranischen Presse. Am 21. Juni tauchten unangemeldet (UNHCR hatte die honduranische Regierung gebeten, Besucher anzumelden, damit ein UN-Vertreter diese begleiten könne) in Colomoncagua auf: die honduranischen Obristen Truman Cordón, Torres und Turcios (der allseits bekannt Koordinator der Nationalen Flüchtlingskommission) und Major Ramirez, begleitet von den US-Bürgern General John Galvin vom Süd-Kommando der US-Streitkräfte in der Panama-Kanalzone, General Ron Lester, die Generalleutnants D. Elan und Larry Salmon, sowie

Shepard Lowman und Joe MacLean von der US-Botschaft in Tegucigalpa (letzterer dort verantwortlich für Angelegenheiten der Flüchtlinge). Offensichtlich war der Besuch so arrangiert worden, daß niemand vom UNHCR dabeisein konnte.

Die Flüchtlinge bildeten eine spontane Demonstration, sie versammelten sich schweigend mit einigen Spruchbändern. Die Besucher hingegen äußerten sich überhaupt nicht über den Zweck ihres Besuches.

Am 1. 7. 85 folgte ein Besuch hoher honduranischer Militärs, wieder mit dem unvermeidlichen Turcios, daneben die Obersten Armijo und Flores Euceda (letzterer Chef der Einwanderungsbehörden) und Major Ramirez.

Der Tenor der Pressekampagne läßt sich im folgenden Satz aus der Zeitung „El Heraldo“ wiedergeben: „Die ca. 7000 salvadorianischen Flüchtlinge, die sich in Colomoncagua befinden, widersetzen sich einer freiwilligen Rückführung in ihr Land (...), weil sie von diskreten Führern manipuliert werden, die mit der in Salvador kämpfenden Guerilla verbunden sind.“

Nach einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates zum Flüchtlingsproblem verkündete Minister Ubodoro Arriaga die Einrichtung einer Sonderkommission, die „die Gegenwart der Flüchtlinge im Grenzgebiet zu El Salvador regulieren“ solle. Als Ziel und Begründung für diese Maßnahme gab der Minister an: es solle verhindert werden, daß die Lager weiterhin als Zufluchtsstätte für die Guerilla dienten. Er behauptete sogar, daß die honduranische Regierung nicht einmal wisse, wieviele Kinder, Alte und Jugendliche es in den Lagern gäbe und daß die honduranische Regierung praktisch keinen Zugang zu den Lagern habe!

Sinn der ganzen Besuche und Pressekampagnen ist offenbar, eine Zwangsumsiedlung innerhalb von Honduras für die Bewohner Colomoncaguas vorzubereiten. In letzter Zeit ist das offenbar die Strategie

der US-Botschaft in Tegucigalpa. Hindernisse auf dem Weg zur Verwirklichung dieser Pläne sind gewisse honduranische Interessen —



Aus dem Inhalt:

ARGENTINIEN: Folter — Verurteilung und Amnestie in einem Atemzug? / Politische Gefangene — wie lange noch? / Generalstreik — BRASILIEN: Die Reformen der „Neuen Republik“ / Agrarreform — CHILE: Letztes Dialogangebot der Opposition? — PERU: APRA — Peruanische Wende? — KOLUMBIEN: Guerillaorganisationen in indischen Gebieten — GUATEMALA: Vor der Wahl (S)

Die Artikel: „Überfall auf das Lager Colomoncagua“ und „US-Intervention an der Flüchtlingsfront“ entnehmen wir der informativen Zeitschrift „Lateinamerika-Nachrichten“, die 11mal im Jahr erscheint. Das Einzelheft kostet 4,50 DM, ein Abo für ein Jahr 50,00 DM. Bestelladresse: Lateinamerika-Nachrichten, Im Mehringhof Gneisenaustraße 2, 1000 Berlin 61.

Zur Information hier das Inhaltsverzeichnis der Oktoberausgabe:

Argentinien: Folterer — Verurteilung und Amnestie in einem Atemzug? Politische Gefangene — wie lange noch? Wieder ein Generalstreik. Brasilien: Die Reformen der „Neuen Republik“. Land in Sicht? Chile: „Der Maiskolben zerfällt“. Der letzte Dialog? Peru: Die APRA an der Macht: Peruanische Wende? Panama: Ruben Blades, nicht nur ein Songschreiber. Kolumbien:

Die Guerillaorganisation in den indischen Gebieten. Guatemala: Guatemala vor den Wahlen — Teil I. Honduras: Überfall auf das Lager Colomoncagua. Die Flüchtlingspolitik der Caritas. Nicaragua: Über den Aufbau einer sozialen Psychiatrie. Bericht aus Nueva Guinea. Vertrag mit der Gesamthochschule Kassel. Zeitschriftenschau. Eingegangene Bücher. Termine.

Über unsere Haltung zum „Trotzkismus“

„Konterrevolutionäre Bande“ oder „Strömung des Marxismus“?

Früher hat unsere Partei den Trotzkismus als eine internationale konterrevolutionäre Strömung betrachtet. Heute sprechen wir von revolutionären Sozialisten und beziehen dabei auch trotzkistische Organisationen mit ein. Mehr noch: Wir diskutieren konkret die Möglichkeit einer Vereinigung mit der Gruppe Internationale Marxisten (GIM), also mit einer Organisation, die sich auf den Trotzkismus beruft.

Diese Frage spielte auf den Landesmitgliederversammlungen, die unsere Partei mit Vertretern der GIM durchführte, um die Frage der Vereinigung zu diskutieren, eine große Rolle. Vielfach wurde kritisiert, daß die vollständig geänderte Haltung nicht zusammenhängend und in Auseinandersetzung mit unserer alten Position begründet worden ist. Im Rahmen seiner Auswertungsdiskussion dieser Mitglieder- versammlungen hat das Zentralkomitee unserer Partei beschlossen, daß zu dieser Frage im „Roten Morgen“ Stellung genommen wird.

Wir dokumentieren auf diesen Seiten Auszüge aus einem Artikel aus dem „Roten Morgen“ vom 29. November 1975: „Der Trotzkismus — eine konterrevolutionäre Ideologie“. Dieser Artikel, übrigens von mir geschrieben, gibt stellvertretend für einige andere die damalige Position unserer Partei wieder. Anlaß dieses Artikels war

ein Vorfall in Westberlin, der bis heute vielen Linken als Ausdruck des extremen Fanatismus, den die KPD/ML damals an den Tag gelegt hat, in Erinnerung geblieben ist.

In Westberlin hatte die GIM zu einer Veranstaltung eingeladen mit dem Thema: „Maoismus und Vaterlandsverteidigung“ oder „Zum Rechtskurs von KPD und

KPDML“. Der Anlaß für eine solche Veranstaltung war in hohem Maße gegeben. Im Frühjahr 1975 war unsere Partei auf die maoistische Theorie der der Welten und — jedenfalls ideologisch — auf eine Linie der Blockbildung mit der eigenen Bourgeoisie gegen die beiden Supermächte bzw. den sowjetischen Sozialimperialismus eingeschwenkt. Auf dieser Linie der Vaterlandsverteidigung fanden damals Gespräche über eine Vereinigung mit der inzwischen aufgelösten GRF-KPD statt. Ideologisch war das der absolute Tiefpunkt unserer Parteientwicklung.

Zusammen mit anderen Organisationen hatte unsere Partei damals zur Verhinderung dieser Veranstaltung der GIM aufgerufen. Schließlich haben wir es nicht bei dem Aufruf belassen, sondern haben mit brachialer Gewalt (Holzknüppel, Eisenstangen etc.) tatsächlich versucht, diese Veranstaltung zu verhindern. Es gab eine riesige Schlägerei und auch Verletzte.

Der Artikel im „Roten Morgen“

endet, nachdem er mit dem Verweis auf ihren „konterrevolutionären Charakter“ der GIM jegliche demokratische Rechte bestreitet, kurz, bündig — und schrecklich: „Links, fortschrittlich, revolutionär sein, heißt, sich der Konterrevolution in den Weg zu stellen und nicht ihr die Möglichkeit zu verschaffen, konterrevolutionäre Propaganda zu betreiben.“

Wenn man derartiges geschrieben hat, reicht es nicht festzustellen, daß man theoretisch daneben gelegen hat und Unsinn im Kopf hatte. Dafür muß man sich auch heute noch schämen. Und es ist auch heute noch heilsam, sich vor Augen zu halten, zu welcher reaktionären Verblendungen uns ein quasi-religiöser Fanatismus geführt hat.

Worauf beruhte der fanatische Haß gegen den Trotzkismus?

Die Grundlage für unsere damalige Haltung zum Trotzkismus darzulegen, ist gar nicht so einfach und wird wohl auch in diesem Artikel nicht vollständig gelingen. Die eher theoretischen Argumente, mit denen wir die Charakterisierung des Trotzkismus als internationale konterrevolutionäre Strömung begründeten, sollen uns später noch beschäftigen. Sie erklären unsere damalige Haltung keineswegs vollständig.

Hinzu kam unser sektiererisches, idealistisches Parteiverständnis: wer die Partei angriff, griff den Marxismus-Leninismus an. Umgekehrt: die Partei nicht mit allen Mitteln gegen jede Kritik von außen

zu verteidigen, war Verrat am Marxismus-Leninismus, Zurückweichen vor der Konterrevolution. Gegenüber der bürgerlichen Repression machte das eine große Stärke unserer Partei aus. Aber jeder, der von dem mit den berühmten „Prinzipien“ gepflasterten engen Pfad des Marxismus-Leninismus, wie wir ihn damals verstanden, abwich, war für uns eben auch Feind, Agent der Bourgeoisie. Der Kampf gegen Trotzkisten, Anarchisten usw. erschien uns so umstandslos als Klassenkampf.

Zudem wurde der Trotzkismus-Vorwurf als Totschlag-Argument gegen alles, was sich nicht dem modernen Revisionismus zuordnen ließ. Die GRF kritisierte in ihrer Frühphase bestimmte Elemente der Politik der KP Chinas. Hatten nicht die Trotzkisten die Sowjetunion Stalins kritisiert? Also war die GRF trotzkistisch. Der KB kritisierte Stalin — geradezu klassisch trotzkistisch.

Der Trotzkismus — keine politische Strömung?

Trotzdem war da ein Unterschied: So bitterböse auch die Trotzkismus-Vorwürfe gegen den KB u.a. gemeint waren, sie wurden doch relativiert durch das Gefühl, daß man letztlich aus dem gleichen Stall kam, in gewisser Hinsicht, auch wenn wir es damals entschieden bestritten hätten, zu einer politischen Strömung gehörte.

Für den sozusagen offiziellen Trotzkismus lag die Sache anders. Hier war das historische Urteil

Dokumentiert: Auszüge aus einem Artikel aus dem „Roten Morgen“ vom 29. 11. 1975

KERNPUNKT DER KONTERREVOLUTIONÄREN THEORIE DES TROTZKISMUS

Bevor wir auf einige Kernpunkte der trotzkistischen Theorie eingehen, wollen wir kurz ihre philosophische Grundlage skizzieren. Die philosophische Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus ist der dialektische Materialismus. Mao Tsetung faßt das Wesen der marxistischen Philosophie so zusammen: „Die marxistische Philosophie, der dialektische Materialismus, weist zwei am meisten hervorstechende Merkmale auf. Zunächst ist sie durch ihren Klassencharakter gekennzeichnet: Sie erklärt offen, daß der dialektische Materialismus dem Proletariat dient. Weiter ist sie gekennzeichnet durch ihre Bezogenheit auf die Praxis. Sie betont, daß die Theorie von der Praxis abhängt, daß die Praxis die Grundlage der Theorie bildet und die Theorie ihrerseits der Praxis dient.“

„Die marxistische Philosophie ist der Ansicht, daß die wichtigste Frage nicht darin besteht, die Gesetzmäßigkeiten der objektiven Welt zu verstehen, um die Welt interpretieren zu können, sondern darin, die Kenntnis auszunützen, um die Welt aktiv umzugestalten.“ (Rotes Buch, S. 240/241). Die marxistische Philosophie ist also materialistisch, weil sie von den objektiven Gesetzmäßigkeiten ausgeht. Aufgrund der Kenntnis dieser objektiven Gesetzmäßigkeiten kann die mit dem wissenschaftlichen Sozialismus ausgerüstete Kommunistische Partei die richtige STRATEGIE UND Taktik der proletarischen Revolution bestimmen. Der Trotzkismus dagegen, der in Worten den wissenschaftlichen Sozialismus anerkennt, lehnt den dialektischen Materialismus in Wirklichkeit vollständig ab, er leugnet die objektiven Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung und verabsolutiert den „reinen revolutionären Willen“. Er will den wissenschaftlichen Charakter des Marxismus-Leninismus zerstören, um die Arbeiterklasse mit pseudorevolutionären Phrasen in aussichtslose Schlachten und katastrophale Niederlagen zu hetzen.

Zu den objektiven Gesetzmäßigkeiten

ten, die der Trotzkismus leugnet, gehört das Gesetz von der ungleichmäßigen imperialistischen Entwicklung. Dieses Gesetz besagt: Die Entwicklung der imperialistischen Staaten verläuft nicht parallel, sondern ungleichmäßig. Bestimmte imperialistische Mächte erstarken, während andere von Krisen erfaßt werden. In bestimmten kapitalistischen Ländern herrscht eine Periode relativer Stabilität, während in anderen eine revolutionäre Krise heranreift. Der Imperialismus steht dem internationalen Proletariat also nicht als einheitlicher, geschlossener Block gegenüber, sondern die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten verschärfen sich bis hin zum unvermeidlichen Ausbruch imperialistischer Kriege gesetzmäßig. Die Arbeiterklasse findet nicht in jedem Land die gleichen Kampfbedingungen, sondern die Klassenkampfsituation kann in verschiedenen Ländern völlig verschieden sein. Der Imperialismus kann der proletarischen Revolution nicht auf der ganzen Welt gleich stark entgegengetreten, sondern es gibt im Weltsystem des Imperialismus schwache Stellen, so daß die proletarische Revolution also in einzelnen Ländern siegen kann, obwohl der Imperialismus im Weltmaßstab noch nicht gestürzt werden kann. Dieses Gesetz besagt auch, daß der Aufbau des Sozialismus in einem Land möglich ist, weil die imperialistischen Staaten wegen der sich zwischen ihnen verschärfenden Widersprüche und der unterschiedlichen Entwicklung des Klassenkampfes im Innern nur schwer und nur vorübergehend einen gemeinsamen Block bilden können, um die sozialistischen Länder zu vernichten. Infolgedessen können die imperialistischen Länder durch den Kampf der sozialistischen Länder, des internationalen Proletariats und der kommunistischen Weltbewegung zur friedlichen Koexistenz gezwungen werden. Zusammengefaßt besagt dieses Gesetz für den Befreiungskampf des internationalen Proletariats: die sozialistische Weltrevolution, die ihrem Wesen nach international ist, verläuft der Form nach als Aufeinanderfolge einzelner nationaler Revolutionen.

Der Trotzkismus dagegen leugnet

vollständig den nationalen Faktor. Er führt ständig die Weltrevolution im Munde. Aber nicht um die Arbeiterklasse im Geiste des proletarischen Internationalismus zu erziehen, sondern um den Kampf für den Sieg der sozialistischen Revolution im nationalen Maßstab zu ersticken. Die trotzkistischen Phrasen von der Weltrevolution haben also nichts mit dem korrekten marxistisch-leninistischen Standpunkt zu tun, daß der Klassenkampf in einem Land vom Standpunkt der Beschleunigung der sozialistischen Weltrevolution aus beurteilt werden muß. Der „Internationalismus“ der Trotzkisten bedeutet vielmehr Kampf gegen den Sieg der sozialistischen Revolution in jedem Land und damit auch Kampf gegen die Weltrevolution. Folgerichtig werden die sozialistischen Länder vom internationalen Trotzkismus erbittert als „bürokratisch“ entartet bekämpft.

Ein weiterer Kernpunkt der konterrevolutionären Theorie des Trotzkismus ist die „Theorie der permanenten Revolution“. Diese Theorie besagt, daß auch in kolonialen und halbkolonialen Ländern die Revolution keine Zwischenetappe durchlaufen darf, sondern daß auch in diesen Ländern die sozialistische Revolution als unmittelbares Etappenziel auf der Tagesordnung steht. Diese trotzkistische Theorie leugnet also vollständig die objektiven Bedingungen dieser Länder, so die Tatsache, daß der Feudalismus und die nationale Unterjochung durch die ausländischen imperialistischen Mächte das Haupthindernis für den gesellschaftlichen Fortschritt darstellen, so die Tatsache, daß die Arbeiterklasse in diesen Ländern sehr klein ist und daß unter der Führung der Arbeiterklasse die Bauern die Hauptkraft der Revolution bilden. Alles in allem würde die trotzkistische „Theorie der permanenten Revolution“ in diesen Ländern dazu führen, daß die Arbeiterklasse sich von den übrigen Volksmassen isoliert, daß die Revolution scheitert.

Überhaupt gehört es zum konterrevolutionären Arsenal des Trotzkismus, daß er sich ständig darauf konzentriert, die soziale Basis der Revo-

lution zu spalten und so schmal wie möglich zu halten. So leugnet er weitgehend die revolutionäre Rolle, die die werktätigen Bauern als Bündnispartner der Arbeiterklasse spielen kann. In den kapitalistischen Ländern, in denen die revolutionäre Bewegung der Studenten und Intellektuellen in den letzten Jahren einen Aufschwung genommen hat, propagiert der Trotzkismus die führende Rolle der Intelligenz, um ein Bündnis der revolutionären Studenten mit der Arbeiterklasse und unter deren Führung zu verhindern. Aus dem gleichen Grund, nämlich um zu verhindern, daß alle Reserven der sozialistischen Revolution mobilisiert werden, um sie zum Sieg zu führen, hetzt der Trotzkismus wie wild gegen alle Formen der Einheitsfronttaktik. Diese wenigen Beispiele zeigen, daß die Theorie des Trotzkismus vollständig gegen den Marxismus-Leninismus gerichtet ist, daß sie eine konterrevolutionäre Theorie ist und keineswegs als „links“ oder gar als revolutionär angesehen werden kann.

DIE KONTERREVOLUTIONÄRE POLITIK DER TROTZKISTEN

Das Wesen der Politik des Trotzkismus besteht darin, daß er mit allen links- und rechtsopportunistischen Strömungen paktiert, daß er versucht, alle Strömungen des Opportunismus gegen den Marxismus-Leninismus zu vereinen. Die Feindschaft gegen den Marxismus-Leninismus ist das einzige Prinzip trotzkistischer Politik.

Der offen reaktionäre Charakter des Trotzkismus tritt vor allem dort klar zutage, wo er seine wilde Hetze gegen die sozialistischen Länder, gegen die Kommunistische Partei Chinas und gegen die Maotsetungsideen, sowie gegen die nationalen Befreiungsbewegungen der unterdrückten Völker entfaltet. Mit der revisionistischen Entartung der Sowjetunion, ihrer Entwicklung zu einer sozialimperialistischen Supermacht hat der internationale Trotzkismus seine gegen die sozialistische Sowjetunion verbreitete Hetze zunehmend eingestellt und wird nun in immer stärkerem Maße zu einem Anhängsel des modernen Revisionismus, der gegenwärtig die ge-

fährlichste gegen den Marxismus-Leninismus gerichtete Strömung innerhalb der Arbeiterbewegung ist. Diese Schützenhilfe des Trotzkismus für den modernen Revisionismus erstreckt sich zunehmend auch auf offene prosozialimperialistische Propaganda. Der größte Teil des Flugblatts, mit dem die Trotzkisten zu ihrer Westberliner Veranstaltung aufgerufen haben, greift unsere Partei und die GRF (KPD) an, weil wir den aggressiven Charakter der sozialimperialistischen Supermacht entlarven und entsprechend Anstrengungen unternehmen, um die Wachsamkeit unseres Volkes gegenüber einer möglichen sozialimperialistischen Aggression zu erhöhen.

Das Bündnis des Trotzkismus mit dem modernen Revisionismus kann letztlich nicht überraschen. Es ist eine Tatsache, daß der internationale Trotzkismus die gewisse Wiederbelebung, die er seit Anfang der 60er Jahre erfahren hat, dem Verrat der modernen Revisionisten zu verdanken hat. Vielen, die sich von den revisionistischen Verrätern enttäuscht abwandten, schien der Trotzkismus eine antirevisionistische Alternative zu sein. Das gilt hauptsächlich für das intellektuelle Kleinbürgertum. In Wirklichkeit sind Trotzkismus und moderner Revisionismus Zwillinge. Ihnen gemeinsam ist der Haß auf Stalin, dem unbeugsamen Verteidiger des Erbes Lenins; ihnen gemeinsam ist der Haß auf das rote China, das Bollwerk der Weltrevolution und die Volksrepublik Albanien, das Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa; ihnen gemeinsam ist der Haß auf die Maotsetungsideen und die marxistisch-leninistische Weltbewegung. Sie sind enge Komplizen der Konterrevolution.

Diese Tatsache sollte sich jeder vor Augen halten, wenn die Trotzkisten an der Westberliner Universität jetzt demagogisch die „demokratischen Rechte“ beschwören, die ihnen von unserer Partei allerdings bestritten werden. Links, fortschrittlich, revolutionär sein, heißt, sich der Konterrevolution in den Weg zu stellen und nicht ihr die Möglichkeit zu verschaffen, konterrevolutionäre Propaganda zu betreiben.

gefällt und konnte nicht dadurch umgestoßen werden, daß man in der Bundesrepublik und Westberlin gegen einen gemeinsamen Feind kämpfte:

„Daraus folgt, daß der gegenwärtige Trotzkismus schon nicht mehr als politische Strömung in der Arbeiterklasse bezeichnet werden kann.“

Der gegenwärtige Trotzkismus ist keine politische Strömung in der Arbeiterklasse, sondern eine prinzipien- und ideenlose Bande von Schädlingen, Diversanten, Kundschaftern, Spionen, Mördern, eine Bande geschworener Feinde der Arbeiterklasse, die im Solde der Spionageorgane ausländischer Staaten arbeiten.“

So formulierte es Stalin in seinem Referat auf dem Plenum des ZK der KPdSU (B) am 3. und 5. März 1937, das bei der Veröffentlichung so betitelt wurde: „Über die Mängel der Parteiarbeit und die Maßnahmen zur Liquidierung der trotzkistischen und sonstigen Doppelzünger“.

Stalins Formulierung bezog sich offensichtlich auf die Sowjetunion. Ich sehe mich nicht in der Lage, diese innenpolitische Dimension umfassend zu beurteilen. Ich glaube aber, daß Stalins Formulierung auch im Hinblick auf innere Auseinandersetzung in der Sowjetunion verhängnisvoll war. Nicht weil ich bezweifle, daß es im Zusammenhang mit der trotzkistischen Opposition und anderen oppositionellen Strömungen zu schweren konterrevolutionären politischen Verbrechen gekommen ist, sondern weil die Gleichsetzung der politischen Strömungen mit diesen Verbrechen und die Ersetzung der politischen Auseinandersetzung durch die Aburteilung von Verbrechen, bis schließlich bestimmte politische Auffassungen selbst zum Verbrechen wurden, verhängnisvoll ist.

Wichtig für unsere Diskussion aber ist, daß dieses für die Sowjetunion gefällte „Urteil“ international verallgemeinert wurde: der Trotzkismus galt nicht mehr als, wenn auch kleine, politische Strömung, die man politisch „schlagen“ mußte, sondern als Bande, die irgendwie auszuschalten war. Das entsprach damals in keiner Weise der Realität. Seitdem ist es wirklich nicht richtiger geworden.

Wir haben dieses gefällte Urteil übernommen, nicht aufgrund von uns gemachter Erfahrungen, sondern weil es Teil des historischen Erbes war, auf das wir uns pauschal stellten, weil wir über eigene Grundlagen nur in sehr bescheidenem Umfang verfügten.

Zu einigen theoretischen Differenzen

Natürlich gab und gibt es ernsthafte, d.h. von den strategischen Aufgaben des Klassenkampfes her begründete Differenzen und die wichtigsten sind in dem hier dokumentierten RM-Artikel aus dem Jahre 1975 angesprochen.

Weil die Entwicklung in allen Ländern nicht 1923 stehengeblieben ist, sind die Positionen des heutigen Trotzkismus nicht einfach identisch mit den Positionen Trotzkis in der Auseinandersetzung mit Lenin. Und wer ernsthaft als Leninist gelten will, hat inzwischen auch gelernt, daß Lenin-Zitate das über ein halbes Jahrhundert entfernt liegende Ufer der heutigen gesellschaftlichen Wirklichkeit nur über die Brücke erneuter konkreter Analyse erreichen können. Entsprechend folgerichtig: den Trotzkismus als monolithische politische Strömung gibt es heute nicht. Selbstredend: den Leninismus als monolithische politische Strömung gibt es heute auch nicht. Freilich gibt es heute

Menschen und Gruppen, deren ganzes Bestreben darauf gerichtet ist, als die „wahren Trotzkisten“, die „wahren Leninisten“ von wem auch immer anerkannt zu werden. Zusammen mit den „wahren Maoisten“, den „wahren Brandelisten“ usw. stellten sie das rückwärtigste Element der revolutionär-sozialistischen Bewegung dar.

Wer die Dokumentation über die Vereinigungsverhandlungen zwischen KPD und GIM gelesen hat, wird festgestellt haben, daß sehr wohl einige „klassische“ Differenzen zwischen Trotzkismus und Leninismus zur Sprache gekommen sind. Etwa die Frage des Sozialismus in einem Land. Im Fusions-Plattformentwurf der GIM schien es festgeschrieben zu sein: „Das Programm einer sozialistischen Demokratie läßt sich heute weniger denn je in den Grenzen eines Nationalstaates verwirklichen.“ Die Diskussion mit der GIM aber hat ergeben, daß letztlich die GIM meint, eine kommunistische Gesellschaft sei nicht im nationalen Rahmen zu realisieren. Tatsache ist, daß gerade in dem Teil des Programmentwurfs, der sich mit Arbeitermacht und Sozialismus beschäftigt, die Übereinstimmungen mit der GIM besonders groß sind und daß auch die GIM davon ausgeht, daß, wenn eine Arbeiterrevolution isoliert in Westdeutschland siegen sollte, es um die Verwirklichung dieses sozialistischen Programms geht.

Umgekehrt kritisiert ausgerechnet die GIM in ihrer Stellungnahme eine Formulierung unseres Programmentwurfs: „Diese letzte Aussage kann leicht zu dem Mißverständnis führen, als müsse die Revolution in einem imperialistischen Land unter Umständen etwas hinausgezögert werden, bis die Kräfte des Weltimperialismus durch anderswo stattfindende Kämpfe genügend zersplittert sind, um das Unmögliche zu wagen. Eine sozialistische Revolution in einem bedeutenden Land und die sozialistische Demokratie, die Resultat dieser Revolution wäre, würden jedoch selbst den mächtigsten Anstoß für die Nachahmung desselben in anderen Ländern geben. Ein möglicher Sieg in einem Land kann nicht solchen scheinbar ‚weltstrategischen‘ Erwägungen untergeordnet werden.“ Verkehrte Fronten? Nicht ganz, weil es uns fern lag, die Möglichkeit der sozialistischen Revolution in einem Land zu leugnen. Aber immerhin ein reizvolles Beispiel dafür, wie es sich jenseits überlebter Schablonen wirklich verhält.

Weil's so schön und lehrreich ist, gleich noch ein Beispiel. In dem hier dokumentierten Artikel wird dem Trotzkismus vollständige Leugnung des nationalen Faktors vorgeworfen. Unlängst erschien in der GIM-Zeitung „was tun“ zur Frage der Vereinigungsverhandlungen mit unserer Partei ein Artikel, in dem auch das Maß der programmatischen Übereinstimmungen mit unserer Partei dargelegt wird. Der Autor vermerkt erfreut, der Programmentwurf würde nach siegreicher Arbeiterrevolution in beiden deutschen Staaten die Wiedervereinigung auf sozialistischer Grundlage fördern. Tatsächlich ist der Programmentwurf in dieser Frage weitaus zurückhaltender.

Andererseits gibt es klassische theoretische Differenzen, die wohl noch gelten. Die berühmte „Theorie der permanenten Revolution“ etwa. Mao Tsetung hat den neudemokratischen Weg der chinesischen Revolution entwickelt, ohne auf durchaus anderslautende Ratschläge der Komintern und der Trotzkisten zu hören. Die Frage, ob

in den vom Imperialismus abhängigen Ländern eine von der sozialistischen gesonderte national-antiimperialistische bzw. ne-demokratische strategische Etappe angenommen werden muß, ist sicher für die strategische Orientierung der Kommunisten in diesen Ländern von ausschlaggebender Bedeutung. Differenzen in dieser Frage können in diesen Ländern wohl tatsächlich die Einheit in einer Partei erschweren, wenn nicht unmöglich machen. Es ist aber keine Frage der Strategie der Revolution in einem imperialistischen Land. Trotz dieser Differenzen können wir etwa gemeinsam mit den Genossinnen und Genossen der GIM die notwendige Solidaritätsarbeit mit der nicaraguanischen Revolution machen.

Ähnlich verhält es sich mit anderen Fragen: In Brasilien besteht ein sehr scharfer politischer Widerspruch zwischen unserer Bruderpartei und der dortigen Sektion der 4. Internationale. Es hängt damit zusammen, daß der Trotzkismus, so weit man es überblicken kann, generell die Einbeziehung bürgerlicher Parteien in eine Volksfrontpolitik ablehnt. Wir halten die Politik unserer Bruderpartei für korrekt. Für ein imperialistisches Land wie dem unseren aber stellt sich die Frage des Bündnisses mit direkt bürgerlichen Parteien gar nicht. Sie könnte sich unter schlimmsten faschistischen Bedingungen stellen. Aber sollte dieser Fall eintreten, müßten die Kommunisten ohnehin in erheblichem Umfang eine Neuformulierung ihrer strategischen Orientierung vornehmen. Das jetzt zu einer abstrakten Debatte auszuwalzen, erscheint schlechterdings unsinnig.

Die strategischen Aufgaben des Klassenkampfes hier sind ausschlaggebend

Was folgt aus all dem? Um es ein wenig provokativ zu formulieren: Es geht nicht nur darum, daß wir den Trotzkismus als politische Strömung anerkennen. In Wirklichkeit verhält es sich viel „schlimmer“: Unsere Partei, die GIM, andere trotzkistische Organisationen, der BWK, die MLPD usw. sind heute Teil einer politischen Strömung. Sektoren formieren sich jenseits von Gut und Böse. Politische Strömungen aber müssen zum Ausdruck bringen, was tatsächlich Teile der Massen bewegt und die Massen bewegen wird. Wenn es das Anliegen einer marxistischen Partei ist, das Bestreben der Arbeiterklasse nach Befreiung von kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung politisch zu vertreten, dann kann auch daraus — und nur daraus — abgeleitet werden, was Basis der Einheit in dieser Partei ist.

Daraus folgt, was wir schon oft als unseren Ausgangspunkt zur Frage der Einheit der revolutionären Sozialisten formuliert haben: Wir sind bestrebt, alle in einer Partei des revolutionären Sozialismus zu vereinen, die für die Beseitigung des Kapitalismus und den Sturz der Macht der Bourgeoisie, für die Herrschaft der Arbeiterklasse und den Sozialismus sind und die Verhältnisse in den revisionistischen Ländern ablehnen.

Die gegenwärtige Spaltung der revolutionären Sozialisten läßt sich durch die strategischen Aufgaben des proletarischen Klassenkampfes nicht begründen. Sie hängt vielmehr damit zusammen, daß verschiedenste Scheuklappen die revolutionären Sozialisten daran hindern, die strategischen Aufgaben des Kampfes der Arbeiterklasse wirklich vorurteilsfrei zu analysieren und umfassend zur Kenntnis zu nehmen. Wir schließen uns selbstredend damit ein. Es wird einige

Anstrengungen kosten, diese Situation zu überwinden.

Die bisherigen Gespräche und auch die bisherige Zusammenarbeit mit der GIM haben die Hoffnung keimen lassen, daß hier ein Anfang gelingen könnte. Jeder weiß, welche großen Probleme es noch gibt. Jeder fühlt, daß die dünnen Fäden der Einheit sich an vielen scharfen

Kanten reiben und jederzeit reißen können.

Ob eine solche Vereinigung schon in absehbarer Zeit möglich ist, ist ungewiß. Sicher aber ist: wenn sie scheitert, wird es an dem politischen Unverständnis der Beteiligten liegen und nicht daran, daß das Ziel falsch ist.

Horst-Dieter Koch

Änderungsvorschläge der GIM zum Programmentwurf der KPD

Fortsetzung von Seite 3

sie der Arbeiterbewegung weit voraus sind.

Die Interessen der arbeitenden Bevölkerung und der Unterdrückten können nicht durchgesetzt werden, ohne daß sie um politischen Einfluß ringen.“ Weiter mit dem zweiten Satz.

Ergänzungsvorschlag zur Frauenunterdrückung

Seite 8, im Anschluß an Abs. 3, 2. Spiegelstrich, anfügen:

„Die Diskriminierung und Unterdrückung von Frauen beschränkt sich jedoch nicht allein darauf, daß sie im Erwerbsleben am schlechtesten bezahlt werden und, indem sie aus der Erwerbstätigkeit hinausgedrängt oder auf Teilzeitarbeit reduziert werden, ihnen eine unabhängige materielle Existenz verweigert wird. Frauenunterdrückung gibt es auch innerhalb der Arbeiterbewegung: sie schlägt sich nieder in der tagtäglichen Diskriminierung in der Familie, am Arbeitsplatz, in der Gewalt gegen Frauen in der Ehe, in der sexuellen Unterdrückung. Durch die Familie wird Unterdrückung und Gewalt gegen Frauen institutionalisiert. Frauenunterdrückung ist allgegenwärtig. Sie hat ihre Wurzeln nicht allein in der kapitalistischen Ausbeutung und dem Interesse des Kapitals an der Spaltung der Lohnabhängigen; sondern ebenso in der patriarchalischen Unterdrückung durch die Männer.“

Durch die politische Machteroberung des Proletariats wird die Frauenunterdrückung nicht von selbst aufgehoben — vielmehr müssen auch in einer sozialistischen Gesellschaft bewußte Anstrengungen unternommen werden, damit Frauen auf allen Ebenen gleichberechtigt an der Gestaltung der Gesellschaft teilnehmen und über sie bestimmen können. Dies ist gemeint mit der Formel „Kein Sozialismus ohne Befreiung der Frau — keine Befreiung der Frau ohne Sozialismus“.

Es muß eine autonome Frauenbewegung aufgebaut werden, unter der Führung lohnabhängiger Frauen und von Frauen aus der Arbeiterklasse, die sämtliche Formen der Frauenunterdrückung aufgreift und sich sowohl innerhalb der organisierten Arbeiterbewegung bildet wie auch außerhalb von ihr. Nur die breitestmögliche Selbstorganisation von Frauen — im Bündnis mit der Arbeiterbewegung — garantiert letz-

lich ihre Befreiung.

Revolutionäre Sozialisten und Sozialistinnen verstehen den Aufbau einer autonomen Frauenbewegung daher als einen strategischen Bestandteil des Kampfs für den Sozialismus. Sie setzen sich für ihr Fortbestehen auch nach der proletarischen Machteroberung ein.“

Ergänzungsvorschlag zum Aufbau einer revolutionären Partei

Am Schluß des Textes anfügen:

„Um die politische Macht zu erringen, braucht die Arbeiterklasse eine politische Partei. Die SPD hat seit langem das Ziel aufgegeben, für eine neue, sozialistische Gesellschaft zu kämpfen. Ihre Politik, Reformen nur im Rahmen des bestehenden Systems durchzusetzen, hat die Arbeiterklasse in schwere Niederlagen geführt. Die Grünen unterschätzen zum großen Teil die zentrale Rolle, die die Arbeiterklasse für gesellschaftliche Veränderungen spielt, und formulieren auch keine klare sozialistische Zielsetzung. Die DKP ist für die große Mehrheit keine Alternative, weil die Arbeiterbewegung zu Recht einen Kasernenhofsozialismus vom Typ der DDR oder der Sowjetunion ablehnt.“

Vor allem die fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse stehen daher vor der Notwendigkeit, eine neue Partei aufzubauen, die für die sozialistische Demokratie kämpft.

Eine solche Partei wird letztlich nur in den großen Klassenkämpfen selbst aufgebaut werden können, in den politischen Auseinandersetzungen und Differenzierungen, die gesellschaftliche Kämpfe in den Gewerkschaften und Parteien der Arbeiterbewegung hinterlassen. Die revolutionären Sozialisten und Sozialistinnen verstehen sich erst als ein Kern im Aufbau einer solchen Partei, die schließlich das Projekt der Arbeitervorhut selbst sein muß.

Wir halten es jedoch heute schon für richtig, uns zu organisieren, weil nur dadurch die Kontinuität der Erfahrungen und Lehren des Kampfs der Arbeiterklasse — national wie international — gewährleistet werden kann; und weil dies der wirksamste Weg ist, der zentralisierten Gewalt der Herrschenden eine disziplinierte Kraft von unten entgegenzusetzen.“

Anständige Deutsche

Samstag, 19. Oktober 1985 40 Pf

Nr. 118/21 • Druck in Essen-Kettwig • C 8756 A •

RO

Blind

WAHNSINNIG • ORDNUNGSLIEBEND

10. Jubiläums-Ausgabe


Arbeits-LOSE:
Heute 17 Uhr,
live TV

Nachrichten

Rau[he] Zeiten

DÜSSELDORF — Der SPD stehen Rauhe Zeiten bevor. Sie ist Hoffnungsträger für Hoffnungen, die sie als Regierungspartei nicht erfüllen wird.

Appartheid

PRETORIA — Strauß steht bei seinem Besuch in Pretoria gegenüber Präsident Botha klar: „Wir Rassen Kleinen sind, bin ich Rassist.“

Ausländer

BONN — Nach den Spionage-Pannen will Zornemann Erfolg in der Ausländerpolitik suchen. Ausländer sollen unsere Straßen reinigen, sie aber nicht mehr betreten dürfen.

Waffen

STOCKHOLM — Das Friedensinstitut SIPRI behauptet, daß von den 62.900 Panzern des Warschauer Pakt um 50.000 veraltet oder schwach sind. Das kann nicht sein, sonst wäre ja unsere Mitgliedschaft in der NATO überflüssig.

Bekenntnis

HAMBURG — „Das Schlimmste an mir ist mein Mundwerk“, sagte Helmut Kohl (10.5.85, „Hamburger Abendblatt“).

Polizeistation

MÜNCHEN — Gegenüber Journalisten beschrieb Strauß seine starke Stellung in der Bonner Koalition: „Ich habe zu Hause so viele Waffen, daß ich eine ganze Polizeistation ausrüsten kann.“ („Die Zeit“, 8.5.85).

— Anzeige —

AUF DEN WINTER
VORBEREITEN



Es gibt nur ein Getränk, das auch bei 20 Grad minus noch getrunken werden kann...

Frostgeister —
weil im Wein die
Reinheit steckt.

FROSTGEISTER
von der Chemie verwahrt

WEIN EINKAUFEN

stürzen Kanzler

Helmut Kohl an alle Arbeiter:

BONN — In einer Klausurtagung des CDU-Bundesvorstandes legte Helmut Kohl seine Haltung zu den Gewerkschaften und für den Wahlkampf 87 dar. Ernst Dieter Luege sprach für BLIND mit dem Bundeskanzler.

BLIND: Herr Bundeskanzler, Sie führen die erfolgreichste Bundesregierung seit Menschengedenken. Wie wollen Sie mit der ständigen Diffamierung als Arbeitslosenkandidat fertig werden?

Kohl: Ich bin ein selbstbewußter Mann, der auch bei Temperaturen wie in diesem unserem Lande einen kühlen Kopf bewahren kann. Ich sage es mit

aller Deutlichkeit, ich kenne keine Arbeitslosen, ich kenne nur Deutsche.

BLIND: Das sind klare Worte, Herr Bundeskanzler, doch es bleibt das Problem von 2,5 Millionen Arbeitslosen.

Kohl: Falsch, Herr Luege. Auch Sie sind dem Anspruchsdenken in der deutschen Sprache aufgewachsen. Ich war in Hölderlin immer der Beste und kenne mich mit Sprache aus. Die deutsche Sprache unterscheidet zwischen Urlaubern und Arbeitslosen. Beide arbeiten nicht, doch der Urlauber bekommt dafür Geld, der Arbeitslose nicht. Die 2,5

Millionen Menschen, von denen sie sprachen, bekommen Geld, es sind also bezahlte Urlauber. Dies deutlich zu machen, wird unsere Hauptaufgabe im Wahlkampf 87 sein. Ich setze auf Sieg mit der Losung: „Urlaub durch Aufschwung.“

BLIND: Wie werden Sie diese Politik den Gewerkschaften erläutern?

Kohl: Am Kamin, selbstverständlich. Ich vertraue auf das anständige im deutschen Menschen. Deutsche verhalten sich loyal gegenüber Kaiser, König und Kanzler. Anständige Deutsche stürzen den Enkel Konrad Adenauers nicht.



Goldreagan
18. Spiel, Regeln
Seite 6

0 8 15

BLIND-KOMMENTAR

Zurück zur Partnerschaft

Frage: Wenn Sie mit Ihrem Mann oder Ihrer Frau Probleme haben, würden Sie dann auf die Straße gehen, um sie jemandem zu erzählen?

Antwort: Nein.

Doch heute stehen Sie als Arbeiter oder Angestellte auf der Straße und demonstrieren gegen Ihren Sozialpartner. Finden Sie das richtig?

Lassen Sie sich nicht von dem Neid der Besitzlosen verführen. Noch nie hat eine Regierung soviel für den Aufschwung getan wie diese. Noch nie waren Unternehmer so menschlich, noch nie haben Arbeiter und Arbeitslose soviel für das Gemeinwohl geopfert wie heute.

Wer A sagt, muß auch B sagen. Sozialpartnerschaft und Kamingsgespräch oder Demonstration und Klassenkampf.

Denken Sie mal darüber nach.

Armer Boris Becker Haarausfall Schweiß-Füße — Mädchen alle weg

MONTE CARLO — Vor lauter Freude über den bevorstehenden Sieg im Davis-Cup-Endspiel gegen Schweden hat Boris sich mehrere Haarsträhnen ausgerissen. „Boris hat zwar volles Haar, doch wenn er noch öfter gewinnt, hat er bald Glatze“, sagt sein Trainer und zweiter Ziehvater Günter Bosch. Über Boris Schweißfüße berichtete BLIND bereits aus der Frankfurter Festhalle. Mehrere Mädchen, die verliebt auf Boris warteten, liefen enttäuscht mit zugehaltener Nase davon. — Geht Deutschlands Ruhm an Schweißfüßen und Haarausfall zugrunde? — Lesen Sie Seite 4



Schon als Kind
hatte Boris Glatze —
bleibt er bald
wieder so aus?

Geißler: Streik = Terrorismus

HAMBURG — In seinem neuesten Buch „Gedanken eines anständigen Deutschen“, das im Hause Springer verlegt wird, geht CDU-Gewerkschaftsgeißler vehement gegen den deutschen Gewerkschaftsfetterschismus vor.

Unter der Überschrift: „Deutschlands Rettung vor der Gewerkschaftsdiktatur“ schreibt Heiner Geißler: „Unternehmer heißen Unternehmer, weil sie etwas unternehmen. Wenn Arbeitnehmer etwas unternehmen, gibt es keine Unternehmer mehr.“

Zur Forderung nach mehr Mitbestimmung: „Wir wollen Mitbestimmung. Für uns ist die Frage: Wer bestimmt mit? Wenn die Unternehmer die Kandidaten für den Betriebsrat aufstellen, die Arbeitsnehmervertreter bestimmen, dann steht der Ausweitung der Mitbestimmung nichts im Wege.“

Zur Frage des Streiks: „Streik ist ein terroristischer Angriff auf das Gemeinwohl. Freieiche Staaten, die ein Streikrecht garantieren, dürfen sich nicht davor scheuen, über eine massive Streiksteuer nachzudenken.“

Der große BLIND-Test: Bin ich Chaot?

Regelmäßige BLIND-Leser wissen, daß „Chaos“ und „Chaotismus“ um sich greifen. Um der Polizei die Unterscheidung zwischen „Chaoten“ und friedlichen Bürgern zu erleichtern, hat BLIND in Zusammenarbeit mit Innenminister Zimmermann einen Fragebogen erstellt. Mit dieser Vorsorgeuntersuchung kann jeder Bürger erkennen, ob er Gefahr läuft, ein „Chaot“ zu werden. Tragen Sie den ausgefüllten Text stets in Ihrem Personalausweis bei sich, ersparen Sie der Polizei im Falle einer Kontrolle viel Arbeit.

Wie denken Sie über Bundeskanzler Kohl?

- Er hat so viele Augen, einen besseren Kandidat haben wir nicht verdient.
- Er ist nervös, redet wie ein Wasserfall, meinetwegen nur Urgrun, wir haben einen besseren Kandidat verdient.
- Dieser Kandidat muß weg, ich trete für einen grundsätzlichen politischen

Wie denken Sie über Demokratie?

- Unsere Demokratie in Freiheit ist einfach toll, es müßte aber etwas mehr auf Disziplin und Ordnung geachtet werden.
- Wir müssen wieder etwas mehr Demokratie wagen, politische Entschä-

- lungsmittel sind nicht durchschaubar, es gibt Tendenzen der Entdemokratisierung.
- Bei uns herrscht eine „Demokratie des großen Geldes“. Wer viel Geld hat, kauft sich Politiker und Parteiprogramme, wer wenig Geld hat, hat keinen Einfluß.
- Wenn der Staat mit Gewalt seine politischen Ziele gegen die Bevölkerung durchsetzt, ist Widerstand, notfalls auch Gegenwehr gerechtfertigt.

Wie denken Sie über Gewalt?

- Gewalt darf grundsätzlich nur der Staat ausüben. Jede Gewalttat ist

- Verbrechen.
- In der Bundesrepublik und Westeuropa haben es 100.000 Menschen geschafft, Mörder zu werden. Sie verfügen insgesamt über ein stufiges Privatrevermögen zwischen 400 und 500 Millionen Mark.
- Die Gewinne unserer tüchtigen deutschen Industrie steigen durchschnittlich um über 30 Prozent. Mit der Spitze liegt der Kanar-Konzern (BASF) bei 50,2 Prozent.
- Die deutschen Industriemanager bekommen für ihre selbstlose Aufopferung jährlich Gehälter zwischen 250.000 Mark (Casella) und 1,2 Millionen Mark (BMW).
- Von den über 700.000 Menschen, die 1984 gestorben sind, ist keiner dem Hungertod erlegen.

Ergebnis:

- Wenn Sie alle Fragen mit a. beantwortet haben, können Sie beruhigt sein. Sie werden auch in Zukunft nicht zu den „Chaoten“ zählen.
- Wenn Sie Fragen auch mit b. oder c. beantwortet haben: VORSICHT! Sie laufen Gefahr, ein „Chaot“ zu werden! Denken Sie immer daran: Der Übergang von einem zu kritischen Bürger zum „Chaoten“ ist fließend!
- Sollten Sie alle Fragen mit c. beantwortet haben, sind Sie „Chaot“ und Staatsfeind. Begeben Sie sich zur Polizei, gehen Sie direkt dorthin, gehen Sie vorher nicht zum Anwalt, sonst werden Sie als „mutmaßlicher Terrorist“ Sie Sau, Sie!



Zu den DGB-Aktionen ist wieder einmal — zum zehnten Mal — eine Ausgabe der BLIND-Zeitung erschienen. Das großformatige Blatt wird bei den Demonstrationen und

Kundgebungen am Wochenende verteilt. Wir können hier nur einige Artikel dieses Blättchens wiedergeben. Einzelne Exemplare sind noch gegen Voreinsendung von

1,— DM in Briefmarken zu erhalten beim RM-Verlag, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.

4530 Bochum, Kontaktadresse:
Jochen Beyer, Josefienstr.
110

4600 Dortmund (Brackel), Kontaktadresse:
Helmut Weiss, Am Westheck 109 a, Tel.: (0231) 20931

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse:
D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: (0203) 443014

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeiten zur KPD:
Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen:
Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse:
F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1

2300 Kiel 1, KPD, Rendsburger Landstr. 9, Tel.: (0431) 642110, geöffnet: Di u. Fr 18 - 20 Uhr

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse:
A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz:
W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699382

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 2624388, geöffnet Mo u. Fr. 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr

KPD Saar: 6685 Heiligenwald, Kontaktadresse:
E. Bittner, Waldwiesstr. 13

Sektion Westberlin: 1000 Berlin 44 (Neukölln), Parteibüro der KPD, Malzner Str. 18, Tel.: (030) 6228474